

# **VEREIN AKTIVES MUSEUM**

Faschismus und Widerstand in Berlin

## **Mitgliederrundbrief Nr. 49**

Juli 2003



Foto: Christine Fischer-Defoy

## **20 JAHRE AKTIVES MUSEUM BERLIN**

im Bild:

### **Baustelle Gestapo-Gelände**

Geschäfts- und Dokumentationsstelle: Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin, Tel.:  
030/263989039, Fax: 030/263989060

<http://www.aktives-museum.de>; e-mail: [info@aktives-museum.de](mailto:info@aktives-museum.de)  
Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

## INHALTSVERZEICHNIS

Christine Fischer-Defoy: Editorial	S. 3
Christine Fischer-Defoy: Soviel Anfang war nie – das erste Jahr	S. 4
Gerhard Schoenberner: Am Beginn des dritten Jahrzehnts	S. 7
Peter Konicki: Exil in Shanghai	S. 8
Sonja Mühlberger: Memorandum	S. 9
Edzard Reuter: Ach könnte doch mutiger Einsatz	S. 10
Romani Rose: Zum zwanzigjährigen Bestehen des Aktiven Museums	S. 11
Peter Steinbach: Topographie des Terrors – ohne Alternative!	S. 12
Martin Becher: Der Verein „Aktives Museum“ – ein Akteur im Feld der Erinnerungspolitik	S. 17
Erklärung des Internationalen Beirats der Stiftung Topographie des Terrors Berlin, 5. Mai 2003	S. 21
<b>Die Tagung Vom „Gestapogelände“ zur „Topographie des Terrors“</b>	S. 22
Walter Momper: Grußwort zur Tagung	S. 22
Christine Fischer-Defoy: Zur Eröffnung der Tagung	S. 24
Christina Weiss: Eingangsstatement	S. 26
Jan-Holger Kirsch: „Wir setzen auf das Prinzip Hoffnung“ – Bericht zur Tagung	S. 27
<b>Presse-Auszüge zur Tagung</b>	S. 33
Süddeutsche Zeitung 23.5.2003 Imkompetent inkonsequent, Jens Bisky	S. 33
Der Tagesspiegel 23.5.2003 Die Botschaft hör ich wohl..., Christina Tilmann	S. 34
Berliner Zeitung 23.5.2003 Klassentreffen der Spurensucher, Volker Müller	S. 36
20-Jahrfeier Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin	S. 38
Marion Neumann: Ein Schülerprojekt zur NS-Geschichte	S. 40
Marion Neumann: Wir haben eine neue Web-Site	S. 45
Eine CD-Rom zur Ausstellung HAYMATLOZ	S. 46
Erklärung zur Übernahme der Sammlung Flick	S. 47

**Redaktion:** Martin Schönfeld

## Editorial

Zwanzig Jahre sind ein Anlass, zurückzuschauen. Was haben wir im Frühsommer 1983 bei der Gründung des Vereins "Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin" gewollt, was haben wir erreicht, was hat sich verändert? Wen haben wir auf diesem Wege dazu gewonnen, aber auch: Wen haben wir als Mitstreiter/in verloren? Mit diesem Jubiläums-Rundbrief erinnern wir an die Anfangsjahre des Vereins.

Zugleich haben wir einige derjenigen um einen Beitrag gebeten, die unsere Arbeit in jüngerer Zeit miterlebt, unterstützt oder begleitet haben: die "Shanghaier", wie sie bei uns bis heute heißen, mit denen wir Ausstellungen und Publikationen über das Exil in Shanghai erarbeiteten, und Edzard Reuter, der uns seine Erinnerungen an das Exil in der Türkei für die Ausstellung HAYMATLOZ anvertraute. Sie machen deutlich, wie sich das Spektrum der Themen, mit denen sich der Verein befasst, im Laufe der Jahre verbreitert hat.

Martin Becher, ehemals Mitarbeiter in der Geschäftsstelle des Vereins und heute selbst in einer Institution der Erwachsenenbildung tätig, fügt den Blick von außen hinzu: Wie verändern sich Bürgerinitiativen, wenn sie institutionalisiert oder Teil einer Institution werden?

Das zwanzigjährige Bestehen unseres Vereins nahmen wir zum Anlass eines Rück- und Ausblickes auf den Umgang mit dem Gestapo-Gelände. Im Rahmen der Tagung *Vom „Gestapogelände“ zur „Topographie des Terrors“* wurden Vergangenes und Zukünftiges diskutiert. Auch diese Tagung dokumentieren wir in unserem Rundbrief.

Aus all diesen Beiträgen entsteht, so hoffen wir, ein buntes und vielfältiges Bild über Vergangenheit und Gegenwart des Vereins.

Christine Fischer-Defoy  
Vorsitzende des Vereins Aktives Museum

## Soviel Anfang war nie – das erste Jahr

"In dieser Stadt wird eine Institution benötigt, die als 'aktives Museum' eine konstruktive Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Vergangenheit der Jahre 1933-1945 sowie mit den neofaschistischen Tendenzen der Gegenwart führt", heißt es im Aufruf zur Gründung "eines aktiven Museums" vom 3. Mai 1983. Wie war es dazu gekommen?

Vorausgegangen war ein Jahr gemeinsamer Diskussionen und Planungen unter dem Dach des "Berliner Kulturrates" mit Sitz in der Köthener Straße, direkt vor – oder hinter – der Berliner Mauer. Zusammengefunden hatten sich dort Anfang 1982 Institutionen und Verbände, die aus Anlaß des 50. Jahrestages der Machtübergabe von 1933 ein Veranstaltungsprogramm organisieren wollten, das in unterschiedlichen Formen an die NS-Zeit erinnern sollte. Ich selbst war im April 1982 nach Berlin gekommen, um an der Hochschule der Künste ein Forschungsprojekt über die NS-Geschichte dieser Institution durchzuführen, plante eine kleine Ausstellung zum SA-Überfall auf die Staatliche Kunstschule und tauchte so eines Tages bei den Treffen in der Köthener Straße auf, um mein Projekt dort vorzustellen. Es fand sich dort ein buntes Häuflein zusammen, das über Finanzierungsmöglichkeiten durch den Berliner Senat für ein solches Gemeinschaftsprogramm debattierte und alternative Konzepte zum senatsoffiziellen Programm erwog. Denn, wie zu befürchten, pickte sich Kultursenator Kewenig aus unserem Programm "Zerstörung der Demokratie – Machtübergabe – Widerstand" einige Rosinen heraus – und der Rest ging leer aus. Daß wir es trotzdem schafften, ein umfangreiches eigenes Veranstaltungsprogramm auf die Beine zu stellen und mit gemeinsamen Plakaten anzukündigen, beflügelte uns damals, es nicht bei diesem Projekt bewenden zu lassen. Es sollte eine Institution entstehen, die diese Auseinandersetzung mit der NS-Zeit zur Daueraufgabe machte.

Gesagt, getan. Am 10. Juni 1983 fand die Gründungsversammlung "eines aktiven Museums" statt, das noch in der Versammlung den Zusatz "Faschismus und Widerstand in Berlin" erhielt. Im Laufe der Jahre ist uns mit dem Konsens über den Begriff "Faschismus" auch dieser Zusatz wieder abhandeln gekommen. Das Gründungs-Protokoll verzeichnet 33 anwesende und stimmberechtigte Organisationen und Institutionen sowie 22 Einzelpersonen, die Gerhard Schoenberner zum Gründungsvorsitzenden, Roland Stelter von der Geschichtswerkstatt und Heinz-Dieter Schilling zu Stellvertretern wählte. Daß ich bei dieser Wahl kandidierte, aber mit nur 22 Stimmen durchfiel, entdeckte ich erst jetzt wieder in den überlieferten Unterlagen. Ich durfte jedoch trotzdem in der Konzeptgruppe mitarbeiten.

Was ist ein "Aktives Museum"? Der Gründungsauftrag sagt dazu: "Eine Gedenkstätte, die diesen Namen verdient, kann nicht nur Mahnmal sein, sondern muß im Sinne politischer Aufklärungs- und Bildungsarbeit aktiv werden, die allein unserer demokratischen Verpflichtung dem Gegenstand gegenüber gerecht wird." Doch was hieß das konkret? Darüber herrschte am Gründungsabend weitgehende Ahnungslosigkeit, und es erstaunt im nachhinein, daß wir den Verein ohne eine inhaltliche Konzeption gründeten.

Wieviele Nächte haben wir in den folgenden Monaten hierüber gebrütet, uns in der "Konzept-AG" bei Tee und Keksen in der Wohnung Heinz-Dieter Schillings, in der Berliner Geschichtswerkstatt oder im Büro Gerhard Schoenberners über dem alten Kino "Arsenal" die Köpfe heiß geredet? Die Protokolle dokumentieren zum Teil wöchentliche Sitzungen, dazu zwei ganztägige Diskussionen im November und Dezember 1983. Die einzelnen Teile der Konzeptbroschüre wurden immer wieder umformuliert, und Unter-AG's tagten Stunde um Stunde parallel in Küche, Wohnzimmer und Arbeitsraum der Schillingschen Wohnung, denn es herrschte das Konsens-Prinzip. Mit Schere und Klebstoff wurden Teile eingefügt, ausgewechselt oder überklebt – an Computer war noch nicht zu denken. Und wir standen dabei unter Zeitdruck: das "Aktive Museum" sollte Teil des ersten Gestaltungswettbewerbes für das "Gestapo-Gelände", unsere Broschüre deshalb den Wettbewerbsunterlagen beigelegt werden.

In einem der ersten Treffen hatte die "Konzept-AG" gemeinsam die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Stauffenbergstraße besucht und die Reformvorschläge Peter Steinbachs diskutiert. Im Protokoll heißt es hierüber:

"Ziel des Aktiven Museums kann nicht die Konfrontation mit der Stauffenberggedenkstätte sein..." – als hätten wir damals bereits ahnen können, daß wir im zwanzigsten Jahr unseres Bestehens eben dort mit unserem Büro einziehen würden! Es hat etwas geradezu Wehmütiges, liest man in unseren Konzeptpapieren heute, zwanzig Jahre später, was wir uns damals erträumten.

Gerhard Schoenberner:

„die gestaltung der geplanten gedenkstätte prinz-albrecht-strasse muss ein aktives museum als integralen bestandteil miteinschliessen. (...) wir nennen sie aktives museum, weil sie mehr sein soll als ein pavillon mit einigen historischen fotos und dokumenten.“

Roland Stelter:

"Die überregional-regionale Geschichte dieses Ortes muß lesbar und fühlbar werden. Berlin gerät hier zum Exempel. Sein Umgang mit seiner Geschichte wird zum Maßstab weiterer Geschichte genommen werden. Man wird danach fragen, ob das Bemühen der vielen kleinen und größeren Kräfte, die sich im 'Aktiven Museum' zusammengefunden haben, um sich ihrer und ihrer Väter dunkler Vergangenheit zu erinnern, ob dieses Bemühen in Berlin fruchtbaren Boden fand."

\*Andreas Ludwig:

"Das Aktive Museum muß es also vermeiden, Museumstempel einerseits, auf Anklage beschränktes Mahnmal andererseits zu werden. Über die Information hinaus sollte es Aufgabe eines Museums sein, über ehrfürchtiges Staunen, oder – in unserem Falle – beschämtes Senken des Kopfes hinaus alle nur erreichbaren Möglichkeiten der Auseinandersetzung anzubieten."

Und ich selbst hatte die Hoffnung formuliert:

"Der Standort des Aktiven Museums auf dem Gelände Prinz-Albrecht-Straße (ist) ein Ausgangspunkt für weitergehende Fragestellungen. Die Anschaulichkeit, die Begehrbarkeit und die Möglichkeit der Erkundung des Geländes bietet Ansatzpunkte für die historische Bewußtseinsbildung."

"Letzter Versuch" steht handschriftlich über einem der Konzeptpapiere vom 14.2.1984. Es beginnt mit den Sätzen:

"Öffentliche Diskussion, offene, transparente Formen des Museumsbaus, Durchschaubarkeit des Entscheidungsgefüges, Forschung und Umsetzung der Ergebnisse durch alle Beteiligten, das sind die Arbeitsgrundlagen des Aktiven Museums."

Danach ging die erste Broschüre vermutlich in Druck. Ausgehend vom Ansatz des "forschenden Lernens" verstand sich das Aktive Museum vorrangig als eine Bildungseinrichtung, die den Besuchern/Nutzern Dienstleistungen und Materialien, Veranstaltungsräume, Archiv und Mediothek zur Verfügung stellen würde, in der Einzelbesucher, Schulklassen oder Kiez-Initiativen sich selbst auf Spurensuche begeben konnten. In einem Werkstattbereich sollten daraus dann auch Ausstellungen produziert werden können.

Dann kam der erste Wettbewerb (1983/84) für eine Mahnmalgestaltung auf dem Gestapo-Gelände, der unsere Konsensfähigkeit auf eine harte Probe stellte: Zustimmung oder Ablehnung des "Wenzel-Lang-Entwurfes", der ein "Aktives Museum" im Deutschland-Haus in der Stresemannstraße vorsah. Wieder gingen Nächte in der Köthener Straße dabei drauf. "Einen idealen Entwurf zur Gestaltung dieses Geländes gibt es nicht", heißt es in weiser Voraussicht in unserer Erklärung vom 20.6.1984 zum Wettbewerbsergebnis. Und weiter: "Erst das Zusammenspiel von architektonischer Anlage in ihrem notwendig stillen Charakter mit der Lebendigkeit des Aktiven

Museums gibt dem Entwurf seine Plausibilität." Deshalb setzten wir uns zuguterletzt – wenn-gleich vergeblich – für die Realisierung des Sieger-Entwurfes ein.

Wann saßen wir im Büro von Reiner Güntzer, dem damaligen Museumsreferenten der Kulturverwaltung? Es ging um ein nicht realisiertes "Bewährungs-Projekt" für den Verein auf dem Olympia-Gelände – und es ging um den Namen unseres Vereins, der, so Güntzer, doch alle übrigen Museen als nicht-aktiv abqualifiziere. Spätestens mit der Bewilligung einer institutionellen Förderung durch den rot-grünen Senat scheint man dort auch unseren Namen akzeptiert zu haben.

Wann saßen wir bei Reinhard Rürup in der TU wegen der Frage, was das Aktive Museum noch mit dem Gestapo-Gelände zu tun haben wird, nachdem die Topographie des Terrors institutionalisiert war?

Was ist nach zwanzig Jahren geblieben von den Hoffnungen der Jahre 1983/84? Das Aktive Museum blieb eine aktive Bürgerinitiative ohne ein eigenes Museum, das sich für Veranstaltungen und Ausstellungsprojekte wechselnde Partner sucht – oder den öffentlichen Raum als Ausstellungsort nutzt. "Forschendes Lernen" ist dort noch immer oberstes Prinzip, allerdings forscht und lernt bei der Realisierung von Ausstellungsprojekten heute im wesentlichen der Vorstand und die Geschäftsstelle – und das mit größtem Vergnügen!

Noch immer warten wir auf den Neubau für die Stiftung Topographie des Terrors auf dem Gestapo-Gelände, der heute ferner denn je erscheint. Wer wird, wenn erst das benachbarte Holocaust-Mahnmal mit seinem Informationszentrum eröffnet ist, noch danach fragen? Hätten wir auf die mahnende Stimme von Ignaz Bubis hören sollen, der ein Scheitern des Zumthor-Entwurfes voraussah? Hatten Fritz Teppich und andere Recht, als sie 1991 forderten, daß das Aktive Museum sich nicht an der entstehenden Stiftung Topographie des Terrors beteiligen sollte? Wo sind die Chancen und wo die Grenzen bürgerschaftlichen Engagements, wenn aus einem Projekt eine Institution wird? Sollte sich das Aktive Museum auf die Arbeitsfelder konzentrieren, die unser Profil in den vergangenen Jahren ausmachten, die Erinnerung vor Ort mit Gedenktafeln und mit Ausstellungen zum Thema "Exil"?

Fragen, auf die wir anlässlich unseres 20-jährigen Bestehens eine Antwort finden sollten.

### Dr. Christine Fischer-Defoy

Vorsitzende des Vereins Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin



16. Juni 1983:  
vor der Pressekonferenz zur  
Gründung des Aktiven Museums  
von links:  
Roland **Stelter** (stellv. Vorsit-  
zender),  
Gerhard **Schoenberner** (Vorsit-  
zender),  
Heinz-Dieter **Schilling** (stellv.  
Vorsitzender)  
Foto H.J. Wuthenow

## Am Beginn des dritten Jahrzehnts

Am Beginn des dritten Jahrzehnts, in das der Verein Aktives Museum nun eintritt, kann man im Grunde nur wiederholen und unterstreichen, was schon nach den ersten zehn Jahren festzustellen war: Diese Bürgerinitiative und ihre Grundidee, in einer bestimmten gesellschaftlichen Situation aus einer politischen Notwendigkeit entstanden, hat sich als lebenskräftiger erwiesen, als wir bei ihrer Gründung hoffen konnten.

Einige, denen wir bis heute unbequem sind, stellen verärgert fest, dass wir uns immer noch nicht aufgelöst haben, sondern nach wie vor aktiv sind.

Wie die meisten Erfolgsgeschichten ist auch diese nicht so gradlinig und widerspruchsfrei, wie sie dem retrospektiv verkürzten Blick erscheinen mag. Den ersten spektakulären Durchbrüchen, mit denen wir schon im ersten Anlauf die Aufhebung elementarer Klauseln des ersten Wettbewerbs für das „Gestapo-Gelände“ erreichen und die Idee eines Aktiven Museums durchsetzen konnten, folgte eine lang andauernde Periode administrativen Widerstands, in der man vergeblich versuchte, uns zu entmutigen und uns das Handwerk zu legen.

Da man uns als politisch suspekt betrachtete und folgerichtig jegliche Unterstützung verweigerte, mussten wir die ersten bescheidenen Ausstellungen und Veranstaltungen aus eigener Kraft organisieren. Das änderte sich erst mit dem Antritt eines neuen Kultursenators, der zeitlich dem Wechsel im Vorstand des Aktiven Museums folgte.

Nach der langen Durststrecke, verbunden mit einer inneren Krise des Vereins, die auch noch Leonie Baumann als meine Nachfolgerin durchzustehen hatte, gelang es schließlich unserer Freundin Christine Fischer-Defoy, die Isolation zu überwinden und, unterstützt von zahlreichen Mitstreitern, der Öffentlichkeit mit einer Fülle von Aktivitäten zu zeigen, welcher Leistungen das Aktive Museum schon bei bescheidener Förderung fähig war.

Von den Debattenbeiträgen zum Umgang mit Straßennamen und Denkmälern nach der sog. Wende, über das Gedenktafel-Programm bis zu den viel beachteten großen Ausstellungen hat sich der Verein Schritt für Schritt in beharrlicher Arbeit profiliert und zu einer Einrichtung entwickelt, die aus der kulturpolitischen Landschaft der Stadt Berlin nicht mehr wegedacht werden kann.

Der Traum mancher Freunde, der Senat werde einer linken Bürgerinitiative das historische Gelände an der früher berüchtigten Prinz-Albrecht-Straße anvertrauen, konnte sich nicht erfüllen. Aber alle entscheidenden Forderungen unseres Konzepts wurden von der späteren Planungsgruppe, in der wir damals vertreten waren wie heute in den Gremien der Topographie des Terrors, ausnahmslos übernommen. (Auf unser Drängen wurde dieser Tatbestand schließlich auch protokollarisch festgehalten).

Der Plan, auf dem Areal, wo einmal Himmlers Hauptquartier stand, einen Lernort der Dokumentation und politischen Aufklärung einzurichten, wurde bekanntlich unter dem Eindruck der Ausstellung „Topographie des Terrors“ allgemein akzeptiert. Und doch ist es bis heute nicht gelungen, das bestehende Provisorium durch eine dauerhafte Lösung zu ersetzen. In dem Prozess der anhaltenden Auseinandersetzungen, die auch ein Jahrzehnt nach der feierlichen Grundsteinlegung kein Ende finden, ist das Aktive Museum als Schrittmacher, kritischer Begleiter und Verbündeter weiterhin unentbehrlich.

Allen, die mit ihrer unermüdlichen Arbeit und ihrem Engagement dazu beigetragen haben, dass aus dem kleinen Pflänzchen des Anfangs ein so kräftiger Baum wurde, der Frucht trägt, sollen bedankt sein. Allen, die nachfolgen und die Arbeit weiterführen, sollen wissen, was wir lernen mussten, um erfolgreich zu sein: Prinzipientreue ohne Dogmatismus, realistische Einschätzung der objektiven Bedingungen und Kräfteverhältnisse, Fähigkeit zur Bündnispolitik, innovatives Denken und initiatives Handeln. Nur so bewegt man sich auf der Höhe der Zeit und kann hoffen, die Entwicklung zu beeinflussen. In diesem Sinne: ad multos annos!

Gerhard Schoenberner, Gründungsvorsitzender des Aktiven Museums

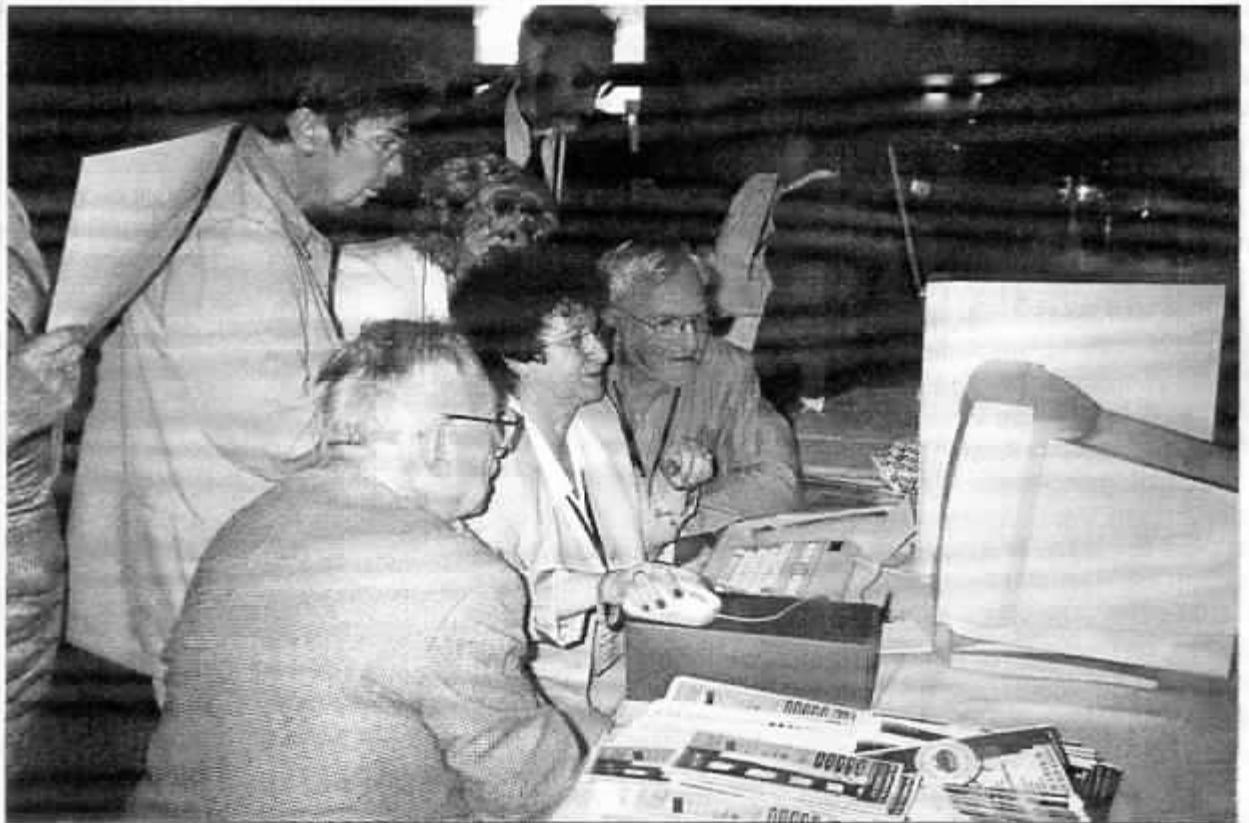
## Exil in Shanghai

Durch die politische Wende 1989 war das Auffinden und Zusammenfinden von in Berlin lebenden Shanghai-Rückkehrern (aus dem Exil) erleichtert. Durch das Verschwinden der Mauer konnten die überwiegend im östlichen Teil der Stadt und die numerisch geringere Anzahl der im früheren West-Berlin lebenden sich zusammen- und wiederfinden.

Nach verschiedenen Findungsbegegnungen und informellen Treffen, die von verschiedenen Institutionen begünstigt und an verschiedenen Orten in und außerhalb Berlins stattfanden, konnten die Shanghailandler schließlich im Juli/August 1997 den 50. Jahrestag ihrer Rückkehr feierlich begehen. Dieses, auch international sehr beachtete, Ereignis konnte – im wesentlichen im damaligen Jüdischen Museum im Stadtmuseum Berlin (Martin-Gropius-Bau) durchgeführt – mit einem Symposium in der Villa der Wannsee-Konferenz begangen werden.

Seit dieser Zeit konnte die aus biologischen Gründen noch am stärksten vertretene Gruppe der child survivors aus dem Shanghai-Exil, gefördert von dem Verein Aktives Museum, ein beachtliches Netzwerk aufbauen, durch das ein ständiger Austausch – auch bei überregionalen und internationalen Reunions (zuletzt in Philadelphia und im San Francisco-Raum) zustande kommt. Außerdem finden in unregelmäßigen Abständen Veranstaltungen statt, bei den Autoren aus dem Kreis der Exilanten auftreten und neu erschienene Bücher, meist in Form von Lebenserinnerungen, besprochen werden.

Peter Konicki



Rickshaw Reunion in San Francisco April 2002:  
Sonja Mühlberger (Bildmitte am Computer) stellt die CD-Rom der Ausländerliste Shanghai 1944 vor.  
Foto Ralph Harpuder



## Memorandum

„Wilhelm Liebknechts Volksfremdwörterbuch“ aus dem Dietz-Verlag von 1953 übersetzt dieses Wort in einer 22., umgearbeiteten und gekürzten Neuauflage mit etwas zu Erinnerndes, zu Notierendes; Denkschrift.

Eine *Denkschrift* wollten wir „Shanghaikids“, wie wir uns selbst nennen, bei einem unserer letzten Treffen nicht anfertigen, aber erinnern schon und so fragten wir uns, wie und wann es eigentlich zur Kontaktaufnahme und der seit 1994 so fruchtbaren Zusammenarbeit mit dem Verein *Aktives Museum und Widerstand* in Berlin kam, da zu dieser Zeit für uns doch einiges parallel zu laufen schien.

Martin Beutler traf Georg Armbrüster in Pankow, erfuhren wir, wo sie sich u. a. über die Vorbereitung der Ausstellung „1945: Jetzt wohin? Exil und Rückkehr ... nach Berlin?“ und dem bereits in Arbeit befindlichen Katalog auch über Shanghai und die Rückkehr nach Berlin unterhielten.

Dann trafen sich Sonja und Martin per Zufall bei einer Veranstaltung des Jüdischen Kulturvereins. Beide kannten sich nur vom Namen her, hatten über 40 Jahre nichts mehr voneinander gehört, die Freude war groß und man versprach, von nun an zu kommunizieren. Martin hatte bereits angefangen in Archiven nach Materialien zu Shanghai zu suchen. Er wurde zumindest, was die Zeitungen von unserer Ankunft in Berlin am 21. August 1947 berichteten, fündig.

Im Februar 1995 gab es das erste **organisierte** Treffen von in Berlin lebenden ehemaligen Shanghaikindern in den Räumen der Jüdischen Gemeinde. Der Einladung von Petra Löber, die mit Hilfe des Zentrums für Antisemitismusforschung und der Jüdischen Gemeinde dieses Treffen organisiert hatte, folgten außer den 18 ex-Shanghaikindern auch einige, die sich in Shanghai oder China aufgehalten hatten. Aber gab es nicht noch mehr Personen, die nach der Emigration in Shanghai bzw. China nach Deutschland zurückgekehrt waren?

Wenige Tage danach trafen sich Peter Konicki, seine Schwester Renate Guschke, Bernd Kurzweg, Sonja Mühlberger, Martin Beutler und der inzwischen in Amerika lebende Ralph Hirsch in einem Café in der Fasanenstraße. Ralph Hirsch hätte gern gesehen, wenn die Berliner ex-Shanghaikinder eine eigene kleine Organisation ins Leben gerufen hätten.

Fast parallel dazu hatte Peter Finkelgruen, der in Shanghai geboren wurde und inzwischen in Köln lebt, sein Buch „Haus Deutschland oder die Geschichte eines ungesühnten Mordes“ in der Jüdischen Volkshochschule in Berlin vorgestellt, in dem außer der Geschichte zu seinem Großvater auch etwas über Shanghai vorkam. Bei Fragen zu dem Leben der jüdischen Emigranten in Shanghai von 1938-1947, die dem Buchautor gestellt wurden, fielen die Antworten etwas mager aus.

Historiker und Journalisten besannen sich mehr und mehr des Themas „Exil“ und das nicht nur, weil am 1. Mai 1995 die vielbeachtete open-air Ausstellung des Aktiven Museums „1945: Jetzt wohin? Exil und Rückkehr“ am „Anhalter Bahnhof“ eröffnet wurde. Steven Spielberg's Projekt, so viele Interviews wie möglich von Holocaust-Überlebenden zu machen, um damit gegen das Vergessen zu kämpfen, wurde auch von anderen Instituten wie dem Moses-Mendelsohn-Institut angenommen.

Im Mai 1995 fand in Salzburg ein 1. Treffen österreichischer und deutscher ex-Shanghaikinder statt, das den Titel „Flucht nach Shanghai“ trug, von österreichischen Universitäten, Institutionen und dem Leo-Baeck-Institut New York veranstaltet wurde und ein sehr hohes Niveau hatte. In Berlin entstand die Idee, das **Exil Shanghai** zu einem eigenständigen, sich selbst tragenden Vorhaben zu entwickeln. Anlass hierzu bot der 50. Jahrestag der Rückkehr ehemaliger Berliner aus ihrem chinesischen Exil im August 1997. Das in seinem Aufbau befindliche Jüdische Muse-

um wurde „mit ins Boot“ geholt. Wir „Shanghaikids“ fühlten uns *unter dem Dach* des Aktiven Museums gut aufgehoben, einige von uns wurden sogar Mitglieder.

1996 wurde dann ein Aufruf unter der Überschrift: „Shanghai-Flüchtlinge: Meldet Euch!“ verfasst, der in vielen Zeitungen gedruckt wurde und großes Echo fand. Nun konnten wir annehmen, dass man genug Material für eine Ausstellung „Leben im Wartesaal“, einen Katalog und auch ein Symposium gleichen Namens im „Haus der Wannseekonferenz“, das für August 1997 geplant war, zusammen bekommen würde. Am 21. August 1997 wurde eine Gedenktafel in der Nähe des ehemaligen „Görlitzer Bahnhofs“ enthüllt.

Das schreibt sich nun anhand unserer Notizen so leicht auf, macht aber die Probleme, die es um die Ereignisse herum gab, nicht klein. Da das Papier für diesen Mitgliederrundbrief, der noch dazu ein Jubiläumsrundbrief werden soll, sicher gezählt ist, wäre es vermessen all' unsere vielen Aktivitäten aufzuzählen, daher erinnern wir uns, dass im September 1997 die Elise-Lasker-Schüler-Gesellschaft in Wuppertal einen Teil unserer Ausstellung für ihre großartige Veranstaltung „Flucht in die Freiheit“ übernahm, die sich ebenfalls mit dem Shanghaier Exil beschäftigte.

Diese und andere Veranstaltungen wie unsere regelmäßigen Treffen als Zeitzeugengruppe und mit ex-Shanghaiern aus anderen Ländern bzw. Interessierten und mit diesem Thema Beschäftigten waren und sind Beitrag und zugleich Ausgangspunkt für weiterführende Recherchen und Forschungen zum Exil in Shanghai sowie zu den Erfahrungen der Überlebenden dieses besonderen Kapitels des Holocaust.

Im Jahr 2000 erschien die Dokumentation „Exil Shanghai 1938-1947 – Jüdisches Leben in der Emigration“ (Verlag Hentrich & Hentrich). Dieses Buch, bisher leider noch ohne englische Übersetzung, hat aber auch so schon weltweit für Anerkennung und Aufsehen gesorgt.

### **Sonja Mühlberger**

#### **Ach, wenn doch mutiger Einsatz,**

wenn doch Begeisterung für eine Sache Berge versetzen könnten... Die Welt würde dann gewiss anders aussehen – doch verändern kann man sie auch durch täglich wiederholtes zähes Ringen! Die Damen und Herren des Vereins Aktives Museum haben immer wieder neu bewiesen, wie Vieles bewegt werden kann, wenn man sich nicht entmutigen lässt.

Das fabelhafte, ja einzigartige Projekt der Ausstellung HAYMATLOZ ist dafür das beste Beispiel. Als mich Christine Fischer-Defoy zuerst darauf ansprach, konnte ich mir bei bestem Willen nicht vorstellen, dass es je gelingen könnte, das Schicksal einer Unzahl während der Nazizeit in die Türkei emigrierter Menschen nachzuzeichnen und zu dokumentieren. Ich selbst hatte längst den Kontakt zu meinen über die ganze Welt verstreuten Altersgenossen verloren, alle früheren Versuche eines erneuten Zusammenfindens waren fehlgeschlagen. Die Ausstellungsmacherinnen und -macher haben es trotzdem geschafft: nicht nur die Ausstellung auf die Beine zu bringen und dabei Material von unschätzbarem geschichtlichen Wert zu sichern, sondern auch, anlässlich der Eröffnung in Berlin eine große Zahl von Menschen zu versammeln, die als Emigrantenkinder in der Türkei aufgewachsen sind und sich seit dem Ende des Krieges nur in Ausnahmefällen wieder gesehen hatten.

Kann es etwas Schöneres, etwas Verdienstvolleres geben, als auf diese Weise dazu beizutragen, dass sich der Schleier des Vergessens nicht unwiderruflich über Erhaltenswertes legt? Ich gratuliere ganz herzlich zum 20. Geburtstag und wünsche weiter erfolgreiches Wirken!

**Edzard Reuter**, Berlin 28.2.2003.

## I Mitglieder des Kuratoriums

Prof. Dr. Franz Hamburger · Manfred Lautenschläger · Prof. Dr. Rita Süßmuth  
Erwin Teufel · Beate Weber · Dr. Christina Weiss

Dokumentations- und Kulturzentrum DL Sinti und Roma e.V. · Brenneckegasse 2 · 69117 Heidelberg

Verein Aktives Museum  
und Widerstand in Berlin  
Stauffenbergstr. 13 – 14

10785 Berlin



DER VORSITZENDE

20. Mai 2003

Sehr geehrte Frau Dr. Fischer-Defoy,

zum zwanzigjährigen Bestehen des Vereins Aktives Museum möchte ich Ihnen als Vorsitzende herzlich gratulieren.

Der Verein leistet mit seinen zahlreichen Aktivitäten einen bedeutenden Beitrag zur Aufklärung über den Nationalsozialismus und damit zur historisch-politischen Bildung.

Insbesondere tragen die von Ihnen initiierten Zeitzeugengespräche dazu bei, die persönlichen Schicksale dieser Menschen auch aus ihrer Sicht erfahrbar zu machen. Ebenso schätze ich Ihre Bemühungen zum Erhalt authentischer Orte der NS-Verbrechen.

Gerne denke ich auch an die vor zwei Jahren in unserem Haus präsentierte Ausstellung „Haymatloz – Exil in der Türkei 1933 –45“ zurück, die hier in Heidelberg auf eine positive Resonanz stieß.

Vor dem Hintergrund aktueller Menschenrechtsverletzungen stellen die Erinnerung an die nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen und das Gedenken an die Opfer einen wesentlichen Maßstab für die moralische Integrität unserer Gesellschaft dar.

Ich möchte Sie und alle, die die wichtige Arbeit des Vereins Aktives Museum unterstützen, darin bestärken, auch weiterhin engagiert für Ihre Ziele einzutreten.

Für heute verbleibe ich mit den besten Wünschen und

mit freundlichen Grüßen

  
Romani Rose

## Topographie des Terrors – ohne Alternative

Ein kluger Mann hat im 19. Jahrhundert einmal behauptet, alles sei eine Frage des Datums. Für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sollte dies nicht gelten. Wir wissen zwei Generationen nach der Befreiung von der NS-Herrschaft, dass diese Auseinandersetzung immer wieder denjenigen abgetrotzt werden musste, die – aus welchen Gründen und Motiven auch immer – über den Zugang zur Vergangenheit zu verfügen meinen. Dies wurde zuweilen durch Gedenktage erleichtert, nicht selten aber auch durch Zeitströmungen erschwert, die das Vergessen begünstigten oder sich zum Verdrängen bekannten.

Dies gilt auch heute. Gerade hatte Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar zum nationalen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt, als durchsickerte, dass eine der wichtigsten deutschen Gedenkstätten, die „Topographie des Terrors“ in Berlin, bei der Erfüllung ihres Stiftungszweckes behindert werden soll. Denn Berlin muss sparen, aus welchen Gründen auch immer. Deshalb wollte man vor Jahren bereits den lange geplanten Bau eines angemessenen Gebäudes für Ausstellung, Dokumentations- und Bildungsarbeit und Vortragsveranstaltungen endgültig streichen.

Wer auch immer damals den Vorschlag gemacht hatte, die intensiv diskutierten Vorbereitungen zum Ausbau der Gedenkstätte Topographie des Terrors zu stoppen, leistete sich einen Fehlgriff. Und dies nicht nur, weil sich noch viele an die feierliche Grundsteinlegung im Mai 1995, das Berliner Ereignis zur Erinnerung an den 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus, erinnerten. Denn viele Berliner haben sich inzwischen daran gewöhnt, dass nicht jeder erste Spatenstich zur Errichtung eines Bauwerks führen muss. Manchmal ist das sogar gut so – wie beim Deutschen Historischen Museum, das an einer Stelle entstehen sollte, an der sich heute das Bundeskanzleramt aufwuchert, manchmal ist es zumindest erträglich, wie beim Untertunneln des Tiergartens. Zuweilen aber ist es katastrophal, Bauvorhaben zu stoppen oder zu strecken, weil Deutschlands Glaubwürdigkeit auf dem Spiel steht. Das gilt für die Topographie des Terrors, ein Gedächtnis- und Erinnerungsort, der zunächst vor allem durch das bürgerschaftliche Engagement in das Bewusstsein der Mitlebenden gerückt wurde.

Politiker machen sich zu selten klar, dass sie die Macht und die Chance haben, der Erinnerung einen Rahmen zu schaffen oder eine Bühne zu bieten. Diese Macht überträgt eine besondere Verantwortung. Deshalb eignet sich die Erinnerungsarbeit nicht zur Konsolidierung des Haushalts, denn sie setzt Kontinuität und Berechenbarkeit voraus, will sie glaubwürdig sein. Die Erinnerung an die Vergangenheit der Diktaturen berührt Überlebende und kann deshalb nicht die Aufgabe der Haushälter sein, die kurzfristig, in Haushaltsjahren zumeist, denken. Erinnerung bedarf eines Hauses, in dem man spricht, sich trifft, Ausstellungen präsentieren oder Begegnungen über Generationen hinweg organisieren kann. Häuser müssen errichtet werden.

Weil dies Geld kostet, berührt die Erinnerungsarbeit auch die Haushälter. Aber Erinnerungshäuser sind keine Verwaltungsgebäude, Universitätsinstitute oder Kasernen. Sondern diese Gebäude stehen auf erinnerungsschwerem Grund. Deshalb kann man das Kostenvolumen für Erinnerungshäuser nicht hin und her schieben. Politiker müssen begreifen, dass in der Erinnerungsarbeit gemachte Zusagen gelten müssen. Geschieht das nicht, wird die Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit der Erinnerungsarbeit in Frage gestellt. Deshalb berührt Erinnerung durch Gedenken eine politische Aufgabe, der hohe Priorität zukommt. Zumindest hört man dies in den politischen Sonntagsreden.

Die Berliner Koalitionsverhandlungen machten hingegen in den vergangenen Jahren immer wieder deutlich, in welchem Maße die geschichts- und erinnerungspolitische Arbeit zur Frage des Geldbeutels zu werden drohte. Denn die Absicht zur Errichtung eines angemessenen Gebäudes für die „Topographie des Terrors“, dessen Finanzierung in Verhandlungen mit Bonn gesichert worden war, sollte nicht einmal völlig aufgegeben werden. Widerspruch verhinderte dies. Damit sind die Gefährdungen nicht überwunden. Immer wieder haben erst intensive Gespräche

und Interventionen, unter anderem von Ignatz Bubis, das Schlimmste verhindert. Im Koalitionsvertrag wurde 1995, also vor fast zehn Jahren, festgeschrieben, dass in der kommenden Legislaturperiode 28 Millionen Mark – von insgesamt 45 Millionen DM – für das notwendige Gebäude vorgesehen werden sollten.

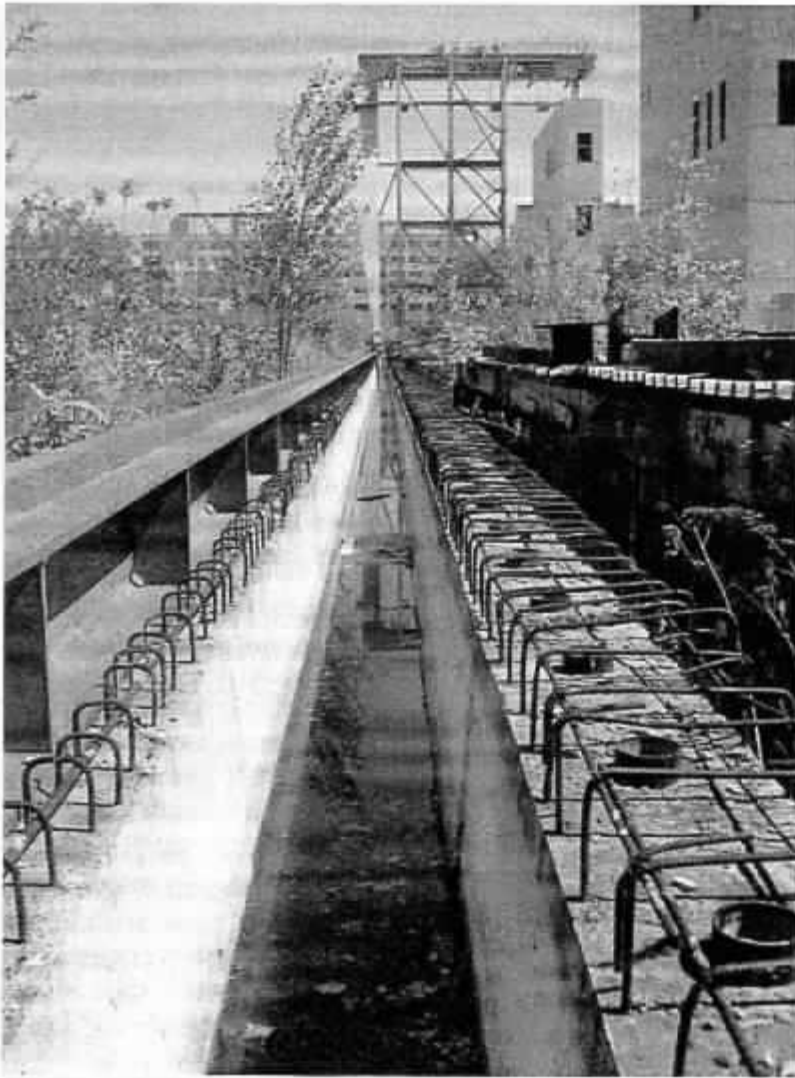
Inzwischen zeigt sich, dass die Gefahr einer Verzögerung der Arbeiten damals nicht gebannt wurde, sondern zunahm und heute zur realen Gefahr für das bürgerschaftlich initiierte Rettungsprojekt einer Topographie des Terrors geworden ist. Aus den Kreisen des Berliner Senats heißt es zwar weiterhin, es sollten möglichst unverzüglich die seit Jahren ruhenden Arbeiten fortgesetzt werden. Aber wem käme bei dieser Formulierung nicht der Gedanke, dass sich Bauarbeiten auch strecken ließen, wer weiß wie lange? Nur eine zügige Errichtung hätte den sehr knapp und realistisch bemessenen Finanzrahmen einhalten können. vergangenen Koalitionsverhandlungen immer wieder den Ausbau der „Topographie“ zur Diskussion stellten. Denn jeder Bauherr weiß: Je knapper die Mittel werden, um so kostbarer wird die Zeit. Bauzeit ist Geld, konsequente Realisierung von Bauvorhaben senkt die Kosten. Nichts könnte allein, unter diesem Gesichtspunkt eine Verzögerung rechtfertigen.

Überdies geht es aber nicht nur um Geld, sondern um wesentlich mehr. In Berlin wird in den nächsten Jahren ein besonders eindrucksvolles Ensemble von Gedenkstätten entstehen. Davon ist die für Gedenkstätten zuständige Ministerialbeamte Marie-Luise Waga überzeugt gewesen. Sie war nicht nur rührig, sondern besonders engagiert und hat mit der Unterstützung des damaligen Kultursenators Ulrich Roloff-Momin, der die Erinnerungsarbeit immer wieder zur Chefsache gemacht hat, wesentliche Voraussetzungen für die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte im Jahrhundert der Diktaturen geschaffen.

Jede Berliner Gedenkstätte verkörpert für sie einen unvergleichlichen Zugang zu einem Bereich der deutschen Zeitgeschichte. Insofern hat die damalige Berliner Politik den gedenkstättenpolitischen Hauptstadtanspruch bekräftigt, wenn sie hervorhob, dass sich an keinem anderen deutschen Ort der Zusammenstoß der deutschen Gesellschaften mit den großen Antizivilgesellschaften unseres Jahrhunderts deutlicher machen lässt als hier. Das hat sich seit dem Umbruch des Jahres 1989 sogar noch deutlicher gezeigt, eigentlich Jahr um Jahr.

Dieser Grundposition konnte man nur zustimmen: Wer in Berlin auch nur riskiert, und sei es durch Verzögerung, einen erinnerungsgeschichtlichen Eckstein auszusparen, bedroht ein ganzes Ensemble von Gedenkstätten. Wer eine Gedenkstätte überdies einem parteipolitischen Zugriff preisgibt, diskreditiert alle anderen Bestrebungen. Der Koalitionsvertrag bekennt sich zur Verantwortung des Bundes für Gedenkstätten von gesamtnationaler Bedeutung. Er nennt ausdrücklich die „Wannseevilla“, ohne auszuschließen, dass auch andere Gedenkstätten in die hundertprozentige Bundesfinanzierung einbezogen werden. Der Berliner Senat hat sich immer wieder zu diesen Gedenkstätten bekannt. Sie haben durch ihre bisherige Gestaltung und Arbeit eine hohe internationale Anerkennung erlangt. Dies war eine Folge ihrer inneren Unabhängigkeit.

Allerdings wurde in den vergangenen Jahren immer wieder sichtbar, wie leicht manche erinnerungspolitische Position erodierte. Galten die Gedenkstätten geschichtspolitisch lange als Kleinod, so wurden sie in den Verteilungskämpfen allerdings leichtfertig zur finanziellen Verfügungsmasse. Der Berliner „Rat der Künste“ etwa, eine sich vor allem selbst legitimierende Interessengruppe Berliner Künstler, die auf die Verständigung mit dem Bonner Innenministerium und dem Bundeskanzler setzte und sich über jedes Lob aus Bonn so zu freuen schien, dass die politischen Verbindungen in Berlin preisgegeben wurden, hatte bereits im Sommer 1995 ohne jede Not vorgeschlagen, die zentralen Berliner Gedenkstätten dem Bund zur vollständigen Finanzierung anzudienen, um den städtischen Kulturetat zu entlasten. Dabei ging es insgesamt um eine Haushaltsentlastung von etwa mehr als 4 Millionen Mark. Man mochte gehofft haben, die gesparten Summen für die Berliner Kunst verwenden zu können. Proteste veranlassten den Rat der Künste zwar zur Korrektur seines Vorschlages, aber das Unheil war geschehen. Der Kul-



**Begrünte Baustelle:**  
Auf dem Gestapo-Gelände  
im Frühjahr 2003  
Foto Christine Fischer-Defoy

tursenator Roloff-Momin scheiterte im Sommer 1995 mit seinem Versuch, die schon Ende 1994 errichtete unselbständige Stiftung „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ durch ein Landesgesetz in eine selbständige Stiftung zu verwandeln und so die Arbeit der Einrichtung auf eine sichere Grundlage zu stellen. Dies gelang ihm allerdings bei der „Topographie des Terrors“. Das war ein Erfolg. Damals war nicht absehbar, dass eine Streckung der Ausbaupläne diesen Erfolg gefährden würde. Insolvenzen der vergangenen Jahre vergrößerten die Gefahr erneut.

Diese aktuellen Schwierigkeiten dürfen aber nicht vom grundsätzlichen Problem ablenken: Die Überführung international anerkannter unabhängiger Berliner Erinnerungsorte wie des „Hauses der Wannseekonferenz“, der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ und der „Topographie des Terrors“ in die Verfügungsmasse von Haushaltsdiskussionen spiegelten nicht nur die als bedrohlich empfundene Lage der Hauptstadt Kultur und auch nicht den Egoismus mancher „Räte der Kunst“, die vorgeführt haben, dass in der Verzweiflung über bevorstehende Mittelkürzungen Not kein Gebot kennt. Sondern sie gefährdeten Grundlagen einer so oft beschworenen Politik der Erinnerung und Kultur des Gedenkens. Dies wurde in den vergangenen Jahren deutlich: an dem Gezerre um das Holocaust-Denkmal, an den Debatten um das geplanten Nationalmuseum im Zeughaus Unter den Linden, an dem Streit um die Neue Wache.

Gerade weil es noch nicht lange her ist, dass an den historischen Stätten des Schreckens und der Befreiung von Nationalsozialismus Versprechen abgelegt wurden, der Neigung zum Vergessen und zum Verdrängen zu widerstehen, ist zu fordern, dass der Ausbau der „Topographie“ nicht verzögert oder gar durch Verzögerung gefährdet werden darf. Die Ernsthaftigkeit des oft beschworenen Willens zu Erinnerung und Gedenken zeigt sich gerade dann, wenn die Mittel

knapp werden. Deshalb müssen die selbsternannten Anwälte des Gemeinwohls ihre Prioritäten setzen. Und dies heißt: Zügiger, konsequenter Ausbau der Topographie. Dazu gibt es keine Alternative. Sondern wichtig wird die Unterstützung von außen. Einer der wichtigen Träger dieses Drucks war und bleibt das bürgerschaftlich motivierte Aktive Museum.

Guter Wille allein aber reicht nicht aus. Bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin wäre dieses Ziel im Jahre 1995 fast schiefgegangen. Dabei handelt es sich um die Gestaltung und Erschließung eines besonders eindrucksvollen und deshalb auch vielbesuchten Geländes an der Prinz-Albrecht-Straße, gegenüber vom Preußischen Abgeordnetenhaus, neben dem Gropius-Bau als wohl dem schönsten Berliner Ausstellungsgebäude, direkt an der alten Wilhelmstraße. Die „Topographie“ zeigt auf exemplarische Weise, wie man mit einem historischen Ort umgehen kann, der geradezu die Auseinandersetzung mit den Tätern und ihren Taten erzwingt.

Dieser Ort ist in Deutschland einmalig, deshalb findet er größtes Interesse. Mehrere hunderttausend Besucher pro Jahr sprechen für sich. Denn in der Auseinandersetzung mit den Tätern erfolgt hier die Konfrontation mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Hier ist nicht der Ort für eine sich zunehmende ritualisierende Erinnerung, die im Gedenken nicht selten die Taten verschwinden lässt, weil das Bild der Opfer alle Vorstellungen des Schreckens bestimmen. Hier kann man vielmehr den Tätern nicht ausweichen, indem man sich vor allem zu den Opfern bekennt. Die „Topographie“ repräsentiert die Chancen eines aktiven Erinnerns, das dem sich als Hauptstadt schwer entdeckenden Berlin angemessen ist.

Diese Einrichtung ist deshalb zu einem wichtigen Eckstein der Berliner Gedenkstättenarbeit geworden, die den Blick auf die NS-Zeit lenken muss. Sie steht in einem eindrucksvollen Spannungsverhältnis zu anderen Orten des Schreckens, die an die Opfer erinnern: So an die Hinrichtungsstätte Plötzensee, wo mehr als 2500 Regimegegner ermordet wurden. Hier ist der Ort, an dem der Staatspräsident von Israel Ezer Weizmann durch seine Ehrung zugleich an jene erinnerte, die sich dem Nationalsozialismus entgegenstellten.

Zum Berliner Gedenkstättenensemble gehört in hervorgehobener Weise die „Topographie des Terrors“, die sich von den anderen Gedenkstätten dadurch unterscheidet, dass sie schonungslos den Blick der Nachwelt auf Täter und Taten lenkt. Diese Konsequenz hat aus der Topographie eine Einrichtung gemacht, die keinen unbeeindruckt lässt, der sich dem Gelände, den Ausgrabungsresten, der präzise dokumentierenden Ausstellung und den immer wieder Kontroversen aufnehmenden Veranstaltungen aussetzt. Diese „Topographie des Terrors“ ist zu einem guten Teil das Werk des international angesehenen Berliner Historikers Reinhard Rürup und seiner Mitarbeiter, aber auch des „Aktiven Museum“.

Rürup besitzt die große Gabe, das in der Berliner Gedenkstättenarbeit immer wieder geförderte bürgerschaftliche Engagement in seine Arbeit zu integrieren. In der Tat steht die „Topographie des Terrors“ in der Tradition mancher Geschichts- und Erinnerungsinitiativen, die vor Jahren durch ihre Forderung eines angemessenen Umgangs mit dem Gelände der „Zentrale des Gestapo-Terrors“ die intensive Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen in der Mitte Berlins ermöglichen haben, weil sie eine Form aktiven Erinnerns suchten.

Ohne die „Topographie des Terrors“ ist Gedenken als Ziel des aktiven Erinnerns in Berlin nicht denkbar. Dies ist um so bemerkenswerter, als diese Erinnerung auch zukünftig im Zentrum der deutschen Hauptstadt stattfinden muss. Berlin gilt ohne Zweifel als durch die deutsche Vergangenheit besonders belastet. Gerade deshalb ist es unverständlich, weshalb die Realisierung der ursprünglichen Pläne zur Ausgestaltung der „Topographie des Terrors“ gefährdet sind, auch wenn sie nur gestreckt werden sollen. Berlin war die Hauptstadt des Widerstandes. Aber es war auch das Zentrum der NS-Täter, von dem aus die meisten nationalsozialistischen Verbrechen geplant, koordiniert und realisiert worden sind. Dieser Zusammenhang wurde gerade durch die Ausstellung an der Prinz-Albrecht-Straße 8 deutlich gemacht. Sie legte zugleich immer auch Zeugnis vom Umgang der Deutschen mit ihrer Vergangenheit ab.

Die Stiftung „Topographie des Terrors“ ist längst schon kein Provisorium mehr. Dies muss sich auch in der baulichen Gestaltung niederschlagen. Der Bundestag hat die Bedeutung der Gedenkstätten von nationaler Bedeutung auch anerkannt und Mittel für eine paritätische Finanzierung bereitgestellt. In langen Verhandlungen ist eine neue institutionelle Grundlage geschaffen, konnten Mittel in beträchtlicher Höhe beschafft werden. Diese Summe wird mit Gewissheit ausreichen. Deshalb erfolgte im Frühjahr der erste Spatenstich. Damals konnte man sich nicht vorstellen, dass knapp zehn Jahre später das Gelände sich weiterhin geradezu als Symbol des Umgangs der Deutschen mit ihrer eigenen Geschichte erweisen soll.

Der 1995 scheidende Berliner Kultursenator Ulrich Roloff-Momin hat sich in den fünf Jahren seiner Amtszeit immer wieder persönlich für die Berliner Gedenkstätten eingesetzt. Er konnte für jede eine Organisationsform finden, die ihren Zielen, ihren Trägergruppen und auch ihrer Reputation entsprach. Aber er wollte sie nicht voneinander isolieren, sondern sie möglichst optimal auf die Erinnerungsziele orientieren und in einen gemeinsamen Zusammenhang stellen. Deshalb machte er in letzter Minute die Sorge für die „Topographie des Terrors“ zur Chefsache und konnte diese Einrichtung als „selbständige Stiftung“ auf eine denkbar gute Grundlage stellen. Sonst könne er „nicht ruhig schlafen“, hatte er öffentlich mit der Standhaftigkeit erklärt, die seine Gegner als Starrsinn, seine Freunde, die ihn besser kennen, als unbeirrbar Zuverlässigkeit und Gradlinigkeit bezeichnet haben. Roloff-Momin hatte auch immer wieder den Zusammenhang zwischen der „Topographie“ und den anderen Berliner Gedenkstätten betont. Deshalb hatte er auch dem „Rat der Künste“ und dessen Umverteilungsplänen eine Abfuhr erteilt und sich strikt geweigert, auf ein inhaltliches Berliner Mitspracherecht in gedenkstättenpolitischen Fragen zu verzichten.

Was sprach gegen die zügige Realisierung der Pläne? Eigentlich nichts. Die finanzielle Grundlage der Gedenkstätten in Berlin war solide. Lücken wurden durch leichtfertig verschenkte Zeit gerissen. Das muss aufhören. Gewiss: Im Vergleich zu Brandenburg sind die Berliner Gedenkstätten fest gegründet. Eine Konsequenz dieser Konsolidierung sollte deshalb gerade das besondere Engagement für das fest geplante Ausstellungs- und Tagungsgebäude auf dem Gelände der „Topographie des Terrors“ sein.

Die Streckung der Baukosten konnte den Berliner Haushalt nur kurzfristig verschonen, langfristig aber keine besondere Entlastung bringen. Zunächst ging es nicht um eine ungewöhnlich große Summe, wenn man bedenkt, dass die Mittel, die dem Deutschen Historischen Museum zur Verfügung gestellt werden, um ein Vielfaches höher waren. Sondern es ging um fehlenden Gestaltungswillen. Deshalb gibt es auch weiterhin keinen Grund für Halbherzigkeiten und Unentschlossenheit. Ein Haus für die „Topographie“ ist notwendig, ja unverzichtbar, und dies jetzt. Dies entspricht der Bedeutung dieser Gedenkstätte.

Deshalb ist Ignatz Bubis zu danken, dass er sich zum Sachwalter eines Gedenkens an die Taten in der Auseinandersetzung mit den Tätern gemacht hat. Erinnerung darf keine Frage des Datums und der Haushaltslage sein. Und Deshalb ist zu fordern, dass das Land Berlin ohne jeden Vorbehalt die Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte akzeptiert, erleichtert und anregt.

Berliner Politiker müssen auch in dieser Hinsicht zu der immer wieder beschworenen Hauptstadtfunction von Berlin stehen. Druck entsteht aber nicht nur durch Sachzwänge, vor denen man die Augen schließen kann. Sondern durch bürgerschaftliches Engagement. Deshalb bilden in meiner Wahrnehmung das „Aktive Museum“ und die „Topographie des Terrors“ eine Einheit. Diese machte deutlich, was zu erreichen ist, wenn sich bürgerschaftliches Engagement entfaltet und ein Ziel sucht, das machbar ist. Sorgen wir dafür, dass es nicht nur machbar bleibt, sondern auch realisiert wird!

**Peter Steinbach**



## Der Verein „Aktives Museum“ – ein Akteur im Feld der Erinnerungspolitik

### 1. Wie wir wurden, was wir sind

#### 1.1. 1983 – 1989/90: Der Verein Aktives Museum – ein typisches West-Berliner Projekt

In den ersten Jahren seines Bestehens war der Verein „Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.“ eine klassische politische pressure-group, die im Zusammenhang bzw. als Ausläufer der Neuen Sozialen Bewegungen in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts entstanden sind. In diesem Sinne ist das Aktive Museum ein Teil der Geschichtswerkstättenbewegung, aus der wiederum viele Gedenkstätten entstanden – vor ihrer „Professorialisierung“ (Frank Dingel).

Kennzeichnend für das Aktive Museum und seine Mitglieder waren ihre Politisierung innerhalb einer typischen West-Berliner Szene und die Regenbogenmischung aus engagierten ChristInnen, Intellektuellen, KünstlerInnen und gewerkschaftlich Engagierten, aus undogmatischen und dogmatischen Linken. Die Vereinsarbeit war davon geprägt, dass es kein ständiges hauptamtliches Personal und keine (öffentliche und/oder private) Finanzierung gab – mit der Konsequenz, dass es kaum möglich war, sich kontinuierlich bestimmten Themen und Fragestellungen zu widmen.

Das Aktive Museum hatte Projektcharakter (wie im Übrigen damals auch die Ausstellung Topographie des Terrors) und verfügte über einen hohen Grad an Politisierung bei einem gleichzeitig niedrigen Grad an (dauerhafter) Spezialisierung und Profilierung. Das wird sichtbar, wenn man sich die Aktivitäten und Themen aus der damaligen Zeit vor Augen hält.

#### 1.2. 1989/90 – 1993/95: Zeit der Übergänge

Mit dem Fall der Mauer beginnt auch für das Aktive Museum ein neuer Zeitabschnitt – die kurze Diepjen-freie Zeit der rot-grünen Koalition nutzt der Verein, um endlich die lang ersehnte institutionelle Förderung zu erhalten.

Es ist eine Zeit des Übergangs vom Projekthaften der politischen pressure-group zum Dauerhaften einer Institution, die für sich reklamiert, Erinnerungspolitik an den Nationalsozialismus für das Berliner Gemeinwesen zu betreiben (die Village Voice New York spricht in diesem Zusammenhang von der „Gedenktafel-Guerilla“).

Es ist eine Zeit des Übergangs und damit der Suche nach einem dauerhaften institutionellen Profil, wobei es vielerlei Suchbewegungen gibt, u.a. in den Bereich der politischen Bildungsarbeit oder in der Bemühung um Vernetzung von Gedenkstättenarbeit auf lokaler Ebene. Diese beiden Suchbewegungen werden später abgebrochen, andere Arbeitsbereiche etablieren sich dagegen dauerhaft (Dokumentationsstelle, Publikationen, Ausstellungen).

Es ist eine Zeit des Übergangs, wo sich das klassische West-Berliner Projekt öffnet für Menschen und Themen aus dem Ostteil der Stadt. Dafür stehen Annette Leo und Regina Scheer, dafür stehen Andreas Herbst, Hans Coppi oder Jürgen Danyel. Mit ihnen wachsen dem Verein andere Kompetenzen, aber auch andere Aufgabenbereiche zu. Beispielhaft stehen dafür die Kommentierung des Traditionskabinetts am Prenzlauer Berg, aber auch alle Aktivitäten zum Erhalt der Gedenktafelandschaft.

Es ist eine Zeit des Übergangs von der klassischen politischen pressure-group, die zur Durchsetzung ihrer Ziele unkonventionelle Methoden einsetzte und gerne inhaltlich zuspitzte und polarisierte, zu einer in den Gremien der inzwischen gegründeten Stiftung „Topographie des Terrors“ mitarbeitenden, in gewissem Maß etablierten Einrichtung (dies machte sich besonders deutlich im wohlwollenden Umgang des damaligen Kultursenators mit dem Verein). Diese Art von embedment, wie man heute sagen würde, war in den Jahren des Übergangs die am stärksten

diskutierte Weichenstellung des Vereins. Dieser Prozess führte zweifellos dazu, dass einige Gründungsmitglieder den Verein nicht mehr als ihre Heimat ansahen und austraten.

### **1.3. 1993/95 – 2003: Inhaltliche und methodische Profilierung bei politischer Einbettung**

Nicht erst seit diesen Übergängen und Weichenstellungen verfügt der Verein Aktives Museum über eine erstaunliche Kontinuität in Bezug auf die ihn prägenden Personen. Christine Fischer-Defoy als Vorsitzende und Christiane Hoss als Geschäftsführerin sind mehr als ein Jahrzehnt in ihren Positionen, und auch viele weitere Vorstandsmitglieder bringen ebenso lang ihre Ideen und ihre Zeit ein.

Damit verbunden ist eine inhaltliche und methodische Profilierung des Vereins auf Ausstellungsvorhaben mit dem thematischen Schwerpunkt „Exil“. Auch wenn viele andere Aufgabenbereiche und Aktivitäten des Vereins weiter verfolgt wurden, mit keinem anderen Vorhaben wird das Aktive Museum heute so stark öffentlich identifiziert – das zeigt nicht zuletzt die Anfrage des Abgeordnetenhauses in Bezug auf die Fortsetzung von in den achtziger Jahren begonnenen Recherchen zu den ins Exil gegangenen ehemaligen Stadtverordneten.

## **2. Das Arbeitsprinzip des Aktiven Museums – die Verknüpfung biographischer und institutioneller Entwicklungen**

Betrachtet man die zwanzigjährige Geschichte des Aktiven Museums, so kann man feststellen, dass die Bestimmung von Zielen dem Handeln nicht vorausgeht, sondern dass Ziele in der Regel erst im Nachhinein formuliert worden sind. Dies geschieht auch nicht ein für alle Mal, sondern immer wieder neu. In diesem Sinne ist das Aktive Museum vergleichbar mit anderen sozialen Organisationen; auch diese „folgen keiner objektiven Zielbestimmung, sondern sie produzieren ihre Ziele.“ (von Küchler/Schäffter, S. 79) Organisationen, die wie das Aktive Museum aus dem linken bzw. linksliberalen Milieu stammen, betonen zwar gerne die Bedeutung des bzw. ihren Hang zum konzeptionell geplanten Handeln(s), bei näherer Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des Aktiven Museum entpuppt sich das jedoch als nicht haltbar.

Das Aktive Museum bietet seinen Mitgliedern und Mitarbeitenden einen institutionalisierten, unterstützenden Rahmen zur Verfolgung von nicht abschließend zu definierenden Arbeitsvorhaben. In diesem Sinn wird die Organisation ein Mittel zum Zweck (vgl. ebda., S. 88), ein Entwicklung ermöglichender Rahmen für Tätigkeiten im Sinne einer gemeinsamen Suchbewegung. Im Aktiven Museum sehen die dort engagierten Menschen für ihre gemeinsamen Tätigkeiten eine öffentlich erkennbare und institutionelle Sicherheit bietende Infrastruktur, die gleichzeitig flexibel genug ist, um Einengungen und formale Reibungsverluste gering zu halten. (vgl. ebda., S. 88)

Ziele werden beim Aktiven Museum gefunden durch einen Prozess permanenter diskursiver Entscheidungsfindung, an dem diejenigen beteiligt sind, die sich bei der Umsetzung der Ziele engagieren wollen. Dadurch ist das Aktive Museum in hohem Maße sensibel für persönliche, milieuspezifische und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Insbesondere die ehrenamtlich Engagierten können ihren Bedarf an sozialer Sicherheit nicht aus der Mitarbeit im Aktiven Museum beziehen, aber sie geraten auch in keinen prinzipiellen Interessenkonflikt mit einer Organisationsform, die sich ihren fachlichen, sozialen und emotionalen Bedürfnissen und Vorstellungen anpasst. So lässt sich feststellen, dass sich das Verhältnis zwischen Institution und Ehrenamtlichen beim Aktiven Museum geradezu umgekehrt darstellt, als das ansonsten der Fall ist: Das Aktive Museum lebt von den beteiligten Menschen, ihrem „guten Namen“ und den von ihnen „eingebrachten“ sozialen Netzwerken, und eben nicht umgekehrt. (vgl. ebda., S. 89) Es ist an dieser Stelle zu verführerisch, einzelne Mitglieder oder Mitarbeitende herauszugreifen; nach zwanzig Jahren gibt es eine Fülle von Beispielen, in denen einzelne Personen mit Tätigkeitsbereichen des Vereins untrennbar verbunden sind.

Durch diese Verknüpfungsleistung erschließt und erweitert das Aktive Museum für alle daran Beteiligten einen weiten Radius von Kompetenzen im Bereich der öffentlichen Erinnerung und löst dadurch synergetische Effekte (man denke nur an die unterschiedlichen Kooperationspartner) und erhebliche Innovationskraft aus, sofern alle Beteiligten ihren Nutzen daraus ziehen können. Das allerdings bleibt die entscheidende Voraussetzung. Sobald die Beteiligten sich in ihren Entwicklungszielen nicht mehr wieder finden können, fällt die Struktur in sich zusammen, die beteiligten Menschen ziehen sich (vgl. die Diskussion 1992/93) zurück, bestimmte Aufgabengebiete werden nicht weiter verfolgt. (vgl. ebda., S. 89/90) Das ist z.B. ein Grund dafür, warum das Aktive Museum heute eine Fülle von Aufgabenbereichen verfolgt, jedoch nicht im Bereich politischer Bildungsarbeit tätig ist.

### 3. Zur Komplementarität kristalliner und fluider Organisationen in der Erinnerungspolitik

Von Küchler und Schäffter unterscheiden in ihrem Aufsatz zur „Organisationsentwicklung von Weiterbildungseinrichtungen“ zwei Typen: den entwicklungsbestimmten Einrichtungstyp mit „fluiden“ Strukturen der Zielbeschreibung und den dienstleistungsbestimmten Einrichtungstyp mit „kristallinen“ Strukturen der Zielbeschreibung. (vgl. ebda., S. 81) Diese Einrichtungstypen werden im Feld der Erinnerungspolitik vertreten durch Gedenkstätteninitiativen wie dem Aktiven Museum einerseits und öffentlich geförderten (oder sogar staatlich im rechtlichen Sinne verantworteten) Gedenkstätten, wie der Stiftung Topographie des Terrors.

Kennzeichnend für die dienstleistungsbezogene Zielbestimmung kristalliner Organisationen ist der Gründungszusammenhang dieser zuletzt genannten Einrichtungen: Ausgangspunkt ist ein – in der Regel durch die Politik aufgrund des Drucks von bestimmten gesellschaftlichen Kräften – festgestellter Bedarf an Leistungen (Forschung, Archivierung, Dokumentation, Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Pflege eines historischen Geländes) einschließlich der Regelung von Finanzierungs- und Ausstattungsfragen. (vgl. ebda., S. 81) Die Einrichtung begründet sich von ihrer Entstehung und weiteren Entwicklung her aus einem objektivierbaren Dienstleistungsauftrag, den es zu erfüllen gilt – gleichgültig, ob dort die eine oder die andere Gruppe von Menschen als haupt- oder freiberufliche Kräfte tätig ist, gleichgültig, ob sie sich in erster Linie an die eine oder andere Gruppe von Menschen richtet. (vgl. ebda., S. 85)

Die Adressaten, aber auch die bereits anwesenden BesucherInnen werden dadurch nur der externen Leistungsseite der Organisation zugeordnet (nicht aber den internen Wahrnehmungs-, Planungs- und Gestaltungsbereichen) und geraten so in die Position von EmpfängerInnen spezifischer Dienstleistungen. (vgl. ebda., S. 85) Das Kennzeichnende der Personalentwicklung und der berufsbiographischen Lebensentwürfe besteht in einer produktiven Anpassungsleistung der MitarbeiterInnen an die über längere Phasen relativ stabilen Strukturen und an ein sich dadurch festigendes Aufgabenprofil der Gedenkstätte. (vgl. ebda., S. 87)

Es wird also deutlich erkennbar, worin sich kristalline und fluide Einrichtungen, worin sich öffentlich geförderte Gedenkstätten und private Geschichtswerkstätten bzw. Gedenkstätteninitiativen, worin sich die Topographie des Terrors und das Aktive Museum unterscheiden. Das ausschlaggebende Moment dieser Betrachtung sind die unterschiedlichen Verhältnisse zwischen der jeweiligen Institution und den in ihr tätigen Menschen. Schäffter fasst das so zusammen:

Für den Bereich öffentlicher Erinnerungspolitik bzw. -arbeit ist diese Unterscheidung eminent wichtig. Den beteiligten Akteuren wird dadurch erkennbar, warum es wenig sinnvoll ist, öffentlich geförderte Gedenkstätten und private Gedenk- und Geschichtsinitiativen hinsichtlich ihres outputs zu vergleichen oder sie gar als miteinander in Konkurrenz befindlich zu betrachten – nur weil sie sich (zwar in unterschiedlicher Institutionalform) auf dem gleichen politischen Feld bzw. im gleichen Arbeitsbereich begegnen. Die Akteure öffentlicher Erinnerungspolitik und -arbeit müssen erkennen, dass sich die Leistungspotentiale beider Institutionalformen nicht entsprechen und dass sie dadurch unvergleichbar werden.

<b>Dienstleistungsbestimmter Einrichtungstyp</b>	<b>Entwicklungsbestimmter Einrichtungstyp</b>
<i>Entstehungsanlass</i> Dienstleistungsfunktion für externe Zwecksetzung	<i>Entstehungsanlass</i> Entwicklungs- und Wachstumsfunktion für Mitarbeiter/innen
<i>Organisationszweck</i> Rahmen für die Bearbeitung fest umrissener Aufgaben	<i>Organisationszweck</i> Rahmen für Selbsttätigkeit und für Aufgabenerfüllung als Suchbewegung
<i>Erscheinungsbild</i> „kristalline Struktur“	<i>Erscheinungsbild</i> „fluide Struktur“
<i>Steuerungsprinzip</i> Selbstobjektivierung	<i>Steuerungsprinzip</i> Diskursive Selbstdeutung
<i>Strukturprobleme</i> Erstarrung, Formalisierung, Instrumentalisierung,	<i>Strukturprobleme</i> Überfordernde Komplexität, geringe Koordination, Bindungsschwäche, gefährdete Kontinuität, Unzuverlässigkeit

(vgl. ebda., S. 93)

Es ist vielmehr so, dass sie sich zueinander komplementär verhalten, indem die jeweils unterschiedlichen Strukturen Leistungen hervorbringen, die von der jeweils anderen Institutionenform noch nicht einmal in den Blick genommen werden. Das Feld der Erinnerungsarbeit und Erinnerungspolitik bezieht seine spezifische Leistungsfähigkeit aus diesem komplementären, verschränkten Zusammenspiel zwischen beiden Institutionenformen. Aus meiner eigenen Erfahrung in der Zusammenarbeit mit beiden Institutionenformen in Berlin/Brandenburg und in Bayern lässt sich aufzeigen, dass sich beide Institutionenformen gegenseitig eher in ihrer Konkurrenzbeziehung in bestimmten Teilbereichen (öffentliche Mittel, öffentliche Wahrnehmung, Besetzung spezifischer Inhalte, Leistungen) begegnen, anstatt sich als institutionelle Teilformen eines gemeinsamen Handlungssystems zu begreifen. Damit dieses Relationsbewusstsein in Bezug auf die Leistungen und die Grenzen der jeweils eigenen und der anderen Institutionen entstehen kann, muss es zuerst zu einem kulturellen Wandel im Umgang zwischen beiden Institutionenformen kommen. Dafür ist es im Sinne der Überlebensfähigkeit des Gesamtsystems „Erinnerungspolitik und Erinnerungsarbeit“ höchste Zeit.

### **Martin Becher**

#### Literaturhinweise:

Von Küchler, F./Schäffter, O.: Organisationsentwicklung in Weiterbildungseinrichtungen, Frankfurt/M. 1997.

Schäffter, O.: Weiterbildung in der Transformationsgesellschaft, Berlin 1998.

Martin Becher war von 1990-1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Geschäftsführer des Aktiven Museums, von 1993-1998 Mitglied des Vereinsvorstands. Er ist seit 2002 Landesgeschäftsführer der evangelischen Arbeitnehmerorganisation in Bayern (afa).

Kontakt: Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (afa), Landesgeschäftsstelle, Gudrunstr. 33, 90459 Nürnberg, 0911/4304 – 305 (Fon), 0911/4304 – 306 (Fax), [becher@kda-bay.de](mailto:becher@kda-bay.de).

## **Erklärung des Internationalen Beirats der Stiftung Topographie des Terrors Berlin, 5. Mai 2003**

Der Internationale Beirat der Stiftung Topographie des Terrors nimmt die jüngste Diskussion um den Neubau für die Ausstellung am „Prinz-Albrecht-Gelände“ mit großer Besorgnis zur Kenntnis. Die Tatsache, dass nach mehr als zehn Jahren erneut unklar ist, ob dieser Bau überhaupt realisiert und bezahlt werden kann, hat das eigentliche Anliegen der „Topographie des Terrors“ mittlerweile in den Hintergrund rücken lassen: die Aufklärung über die Struktur des nationalsozialistischen Terrorsystems, die Information über die von der Berliner Zentrale von Gestapo und Reichssicherheitshauptamt aus geplanten und koordinierten Massenverbrechen sowie über die zahlreichen davon betroffenen Opfergruppen in ganz Europa. Es gibt auf diesem Kontinent keinen anderen Ort, der für eine ständige Ausstellung über diesen Komplex besser geeignet wäre als das im Zentrum Berlins gelegene Gelände der einstigen Zentrale von Gestapo und Reichssicherheitshauptamt.

Mittlerweile ist aber auch die Realisierung dieser Ausstellung in Frage gestellt, weil die Beantwortung der Frage nach der baulichen und finanziellen Umsetzbarkeit des von dem Architekten Peter Zumthor entworfenen Gebäudes für diese Ausstellung immer wieder verschoben wird.

Nach Auffassung des Internationalen Beirats muß diese Frage nun in sehr kurzer Zeit beantwortet werden, will man nicht Gefahr laufen, dass mit dem Ausstellungsbau das gesamte Projekt der „Topographie des Terrors“ aufs Spiel gesetzt wird.

Sollte es daher bis zur Sommerpause diesen Jahres hier nicht zu einer definitiven Entscheidung für die Fertigstellung des Zumthor-Baus kommen, muß über Alternativen nachgedacht werden, um hier zu einer schnellen Lösung zu kommen. Diese könnten in einer einfacher zu bauenden Variante des Zumthor-Entwurfs liegen. Aber auch ein anderer, einfacher zu realisierender Entwurf wäre eine sinnvolle Option – ebenso wie die Nutzung eines bereits bestehenden Gebäudes am Gelände der einstigen Gestapo-Zentrale.

Vorrang vor allen baulichen Erwägungen muß in jedem Fall die historische Bildungs- und Aufklärungsarbeit der „Topographie des Terrors“ besitzen. Künstlerische und symbolische Gesichtspunkte, die mit dem zu errichtenden Gebäude verknüpft sind, spielen zwar eine wichtige, aber doch nachgeordnete Rolle. In jedem Fall muß sichergestellt werden, daß die ständige Ausstellung über die Täter, die Taten und die Opfer des NS-Terrorsystems am authentischen Ort in möglichst kurzer Zeit eröffnet werden kann. Weitere zeitliche Verschiebungen aufgrund der ungelösten Baufrage sind nicht mehr akzeptabel.

**Grußwort des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Walter Momper zur Eröffnung der Tagung Vom „Gestapogelände“ zur „Topographie des Terrors“ am 21. Mai 2003 im Martin-Gropius-Bau**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir eine große Freude, es ist mir auch eine Ehre, hier als Schirmherr dieses Symposiums Sie alle begrüßen zu können. Erst mal gratuliere ich zum zwanzigjährigen Bestehen des Vereins Aktives Museum, der sich ja wirklich durch Erfolge, durch die Aktionen und Initiativen in der Stadt einen wörtlich „guten Namen“ gemacht hat. Zwanzig Jahre Aktivitäten, das ist eine ziemlich lange Zeit.

Zwanzig Jahre Aktivitäten – das ist schon eine stolze Bilanz und eine gute Zeit für diese Bürgerinitiative gewesen. Denn im Grunde ist der Verein eine Initiative von Bürgern, die sich 1983, wie wir uns erinnern, zur Vorbereitung der Veranstaltungen zum 50. Jahrestag des 30. Januar 1933 zusammengetan hat. Und diese Initiative ist zusammen geblieben, um auch künftig – so wichtig und notwendig es damals war, so notwendig und wichtig ist es noch immer – an die Zeit der nationalsozialistischen



Gewaltherrschaft zu erinnern und diese Erinnerung auch im Alltag wach zu halten. Es ist eine Bürgerinitiative im besten Sinne des Wortes und mit einem hohen Anspruch an sich selbst. Nun war das damals die Zeit der Bürgerinitiativen. Es ist völlig legitim, wenn Bürgerinnen und Bürger sich zu Wort melden, um ihre eigenen Interessen zu vertreten. Hier ist es aber so, dass es nicht nur um ein eigenes Interesse, nicht nur ein materielles Interesse ging, sondern ein übergeordnetes historisches und politisches Anliegen verfolgt wurde. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich habe nichts gegen Bürgerinitiativen, die ihre eigenen Interessen verfolgen. Das muss sein, das ist wichtig und oft genug wurde der Politik und der Bürokratie damit auf die Sprünge geholfen. Aber eine Bürgerinitiative, die ein übergeordnetes Interesse verfolgt, das ist ja das, was der Bundeskanzler fordert, wenn er von der Zivilgesellschaft spricht, wo jeder auch Interessen verfolgen soll, die uns alle angehen und die uns alle betreffen.

Im Verein Aktives Museum haben sich jene zusammengefunden, die erkannt haben, dass unser Volk vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte eine besondere Verpflichtung zur Erinnerung an die Vergangenheit und zu den Konsequenzen für die Politik und die Gesellschaft der Gegenwart und der Zukunft hat. Das ist das Besondere an dem Verein Aktives Museum, dass er gerade in Berlin, wo die authentischen Orte der Geschichte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vorhanden sind und manchmal buchstäblich verschüttet waren, verschüttet unter Bergen von Trümmerschutt, dass diese authentischen Orte wieder ins Bewusstsein gerückt und nutzbar gemacht werden für das Gedenken.

Jeder, der sich mit der Vermittlung von Geschichte befasst, weiß, dass an den authentischen Orten der Geschichte – hier ist es gewesen! – das Gedenken leichter, besser, eindringlicher, überzeugender ist, und das gilt besonders für die Jüngeren. Und diese Verknüpfung des authentischen Ortes mit dem Gedenken ist auch mir ein wichtiges Anliegen, obwohl ich nur temporärer

Verwalter eines großen Hauses der Geschichte bin. Gerade die Jungen wollen die Orte sehen, wo es gewesen ist, wo es passiert ist. Natürlich sind Ausstellungen, sind Dokumentationen, sind Bücher, sind wissenschaftliche Werke unverzichtbar. Aber für viele, gerade Jüngere, verbindet sich mit den Orten der Ereignisse die Faszination von Geschichte. Geschichte wird immer dort lebendig, wo ein Konzentrationslager war, wo die Konferenz über den Mord an den Juden Europas stattfand, wo die Zentrale des Terrors, wo das Reichssicherheitshauptamt war, wo die Keller waren, in denen die Menschen gefoltert wurden. Über Museen und Ausstellungen hinaus sind die authentischen historischen Orte wichtige Orte der Erinnerung, Denkmäler. Und Gedenken hat eben immer was mit Denken und vor allen Dingen auch mit Nachdenken zu tun, auch dann, wie wir wissen, wenn es unbequem ist, auch dann, wenn es für den Einzelnen schmerzlich sein mag, sich dieser Geschichte zu stellen.

Meine Damen und Herren, an so einem Ort befinden wir uns hier. Hier steht das Zumthor-Projekt, das auf der Politik lastet. Als Politiker sage ich: Es darf nicht sein, dass das Anliegen, das dem zugrunde liegt, durch den Streit über das Projekt und seine Kosten beschädigt wird. Das ist die Gefahr, die droht. Das weiß jeder, auch im politischen Raum. Natürlich sind Fehler in der Vergangenheit gemacht worden, wenn maßlose oder rücksichtslose finanzielle Forderungen aufgestellt wurden. Man hätte dem von Anfang an Einhalt gebieten müssen und auch sagen müssen, was man will. An der Wettbewerbsentscheidung waren bedeutende Persönlichkeiten des Landes Berlin beteiligt, die etwas dazu hätten sagen können. Die Einmaligkeit und der Inhalt des Projektes, die Bedeutung des Projektes können nicht dazu herhalten, etwas zu planen, was jenseits der finanziellen Realität ist.

Es fehlte am Anfang die Zivil- oder die Amtscourage, die das Projekt auf ein vernünftiges und realistisches Maß reduziert hätte. Das ist leider nicht geschehen. Schuld daran sind nicht nur einzelne. So wie heute gerne auf den Architekten gezeigt wird, ist es mit Sicherheit nicht gewesen. Hier hätte von vornherein anders gehandelt werden müssen. Aber nun ist das Kind in den Brunnen gefallen. Ich denke, dass große Teile der Politik bestrebt sind, das Vorhaben zu realisieren, es so realistisch zu machen, dass einerseits dem Anliegen von Ausstellung, von Lernen und Nachdenken Rechnung getragen wird und andererseits das Projekt in einem finanzierbaren Rahmen gehalten wird.

Meine Damen und Herren, die Schirmherrschaft über dieses Symposium habe ich sehr gerne übernommen, nicht nur, weil ich gelernter Historiker bin, sondern auch deshalb, weil wir als Parlament mit dem Verein Aktives Museum eng zusammenarbeiten wollen bei dem Vorhaben, der verfolgten Berliner Stadtverordneten und Magistratsmitglieder zu gedenken. Bei der Erinnerung an Verfolgte des NS-Regimes hat sich das Aktive Museum große Verdienste erworben. Daran wollen wir anknüpfen. Es ist unsere Verpflichtung als Berliner Abgeordnetenhaus, die Biographien und das Schicksal der verfolgten Stadtverordneten zu klären. Wir haben vereinbart, das arbeitsteilig voranzubringen und vor allen Dingen die Finanzierung dafür sicher zu stellen. Das ist immer das Schwierigste. Mit vereinten Kräften und mit Beteiligung der Freien Universität und dem Luisenstädtischen Bildungsverein haben wir das auf den Weg gebracht. Dass die Mittel dafür auch bewilligt werden, daran werden wir noch arbeiten müssen. Wir haben gemeinsame Interessen, und deshalb bin ich sehr gerne hierher gekommen und habe die Tagung gerne eröffnet und die Schirmherrschaft übernommen.

Meine Damen und Herren, es ist ja wirklich so: Keine andere Stadt ist so eng mit der neueren deutschen Geschichte verbunden wie Berlin. Wir wissen, das kann immer eine Last, das kann aber auch immer eine Chance sein. Beides sollten wir annehmen. Die Lasten müssen wir sowieso tragen, aber die Chancen, das Nachdenken über die Vergangenheit anzuregen, die Zukunft im humanen Sinne zu gestalten, die richtigen Schlüsse aus der Vergangenheit zu ziehen, das ist unser Auftrag. In diesem Sinne wünsche ich dem Symposium einen guten Verlauf, dem Verein Aktives Museum weiterhin eine gute und erfolgreiche, immer auch provozierende Arbeit. Wir zählen auf Ihr aller Engagement, so wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft. Alles Gute!

## Christine Fischer-Defoy zur Eröffnung der Tagung Vom „Gestapogelände“ zur „Topographie des Terrors“

am 21. Mai 2003 im Martin-Gropius-Bau

Auch ich darf Sie herzlich im Namen des Vereins Aktives Museum zu dieser heutigen Veranstaltung begrüßen. Es ist schön, in dieser Runde in viele vertraute Gesichter zu blicken und erinnert mich an die zum Teil nächtelangen Debatten, die wir zusammen insbesondere in den 1980er Jahren um das „Gestapo-Gelände“ geführt haben.

Im siebzigsten Jahr nach der Machtübergabe 1933, zwanzig Jahre nach dem Zusammenschluß der Bürgerinitiativen zum „Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin“, und 19 Jahre nach dem ersten Gestaltungswettbewerb zum „Gestapo-Gelände“ oder dem „Prinz-Albrecht-Palais-Gelände“ wie es verharmlosend in den ersten Jahren hieß, schien es uns an der Zeit, zusammen mit der Stiftung Topographie des Terrors Rückschau zu halten, den aktuellen Stand der Dinge zu betrachten und einen Blick in die Zukunft zu wagen.

Ich bin vor wenigen Tagen durch den Bauzaun geklettert und habe mir „unsere“ Baustelle angesehen und fotografiert. Ich gestehe, daß mich bei diesem Rundgang eine tiefe Wehmut befiel, und wie in einem Film, den man zurückschneidet, tauchten einige der Begebenheiten der vergangenen 20 Jahre wieder ins Bewußtsein.

Da liegt zum Beispiel, offensichtlich kurz vor dem letzten Baustop abgelegt, als ginge es darum, mal eben schnell eine Zigarette zu rauchen, eine Schaufel neben einem Haufen ausgekipptem Zement im hohen Gras. Und diese Schaufel erinnerte mich daran, daß es fast auf den Tag genau 18 Jahre her ist, daß just an dieser Stelle die Bürgerinitiativen ihrerseits mit Schaufeln anrückten:

In der Aktion „Nachgegraben“ am 5. Mai 1985, der als „Tag von Bitburg“ in die Geschichte einging, gruben junge Leute zusammen mit Veteranen wie Falk Harnack, Fritz Teppich und Franz von Hammerstein symbolisch nach den – von uns vermuteten und vom Senat verleugneten – Überresten der Gestapo-Keller. Jetzt werden wir damals jungen Leute langsam selbst zu Veteranen, die schon als Zeitzeugen befragt werden, und einige der damals Beteiligten, wie Falk Harnack und der unermüdliche Karl Schäfer sind nicht mehr unter uns.

Ein Jahr später, im Sommer 1986 waren die Spuren der Gebäude freigelegt – und das war in meinen Augen rückblickend möglicherweise der spannendste Moment dieses Ortes.

Zwischen dem Unkraut entdeckte ich noch ein Stückchen alten Mauerwerks, etwa da, wo das Bodendenkmal inzwischen wieder im Verborgenen liegt. Und ich sah uns, Vertreter vieler Institutionen, Parteien und Verbände, die sich mit diesem Ort verbunden fühlten, am 1. September 1986 anlässlich des Antikriegstages bei der Kranzniederlegung auf dem Boden der Kellerräume des Hausgefängnisses.

Am 14. November 1993, als unser Protestspaziergang anlässlich der Einweihung der Neuen Wache am Bodendenkmal begann, waren die Keller bereits wieder zugeschüttet. Und heute ahnt man nicht einmal mehr, wo sie waren und hoffentlich noch immer sind.

Das Robinienwäldchen, eine der erhaltenswert erachteten Nachkriegsspuren im ersten Gestaltungswettbewerb 1984, hat sich mittlerweile auch der Zumthorschen Fundamente bemächtigt, eigentlich ein Grund für Umweltschützer, das Gelände nun endgültig so zu belassen.

Irgendwo gibt es auch noch die alte Toreinfahrt, eine der wenigen authentischen Spuren, um die wir so erbittert gekämpft haben, als es darum ging, das Gelände möglichst weitgehend unangestastet als „offene Wunde“ zu belassen. Nun hat das Gelände selbst eine riesige offene Wunde,



und nur noch rudimentär erkennt man die Schichten der Trümmerberge, die uns einst zu Symbolen der Geschichte wurden.

Unweit des zerbrochenen Bauschildes der inzwischen insolventen Betonfirma lag ein einsamer Arbeitshandschuh im hohen Gras - wie ein hingeworfener Fehdehandschuh. Wie oft haben wir uns in den vergangenen Jahren gefragt, gegen wen wir eigentlich kämpfen, um den Neubau durchzusetzen? Und ich sah Ignaz Bubis vor mir, als er an dieser Stelle während der Protestkundgebung gegen den Baustop sprach.

Wo, so fragte ich mich, ist eigentlich unser „Grundstein“ geblieben, den wir am 1. September 1989 zusammen mit dem Berliner DGB-Vorsitzenden Pagels demonstrativ und nur schwer verwickelbar auf dem Gelände ablegten? Da stand bereits das dann dauerhafte und verdienstvolle Provisorium der Ausstellung „Topographie des Terrors“.

Heute spiegeln sich dort die Treppentürme und Baukräne pittoresk im Wasser, mit dem sich die Beton-Fundamente mittlerweile gefüllt haben. Vielleicht, so kam es mir in den Sinn, sollten wir an einem der Treppentürme eine Gedenktafel anbringen, auf der steht: „Zur Erinnerung an den auch 60 Jahre nach Kriegsende wieder gescheiterten Versuch, aus dem 'Ort der Täter' einen ‚Denk-Ort‘ zu machen.“

Zurück durch den Bauzaun wurde ich eines Besseren belehrt: Denn da drängten sich Schulklassen durch die Open Air-Ausstellung der Stiftung Topographie des Terrors und zeigten, daß die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte an diesem Ort nicht mehr wegzudenken ist.

Und vielleicht geht es ja nun tatsächlich voran mit dem Neubau, wie die jüngsten Zeitungsmeldungen frohlockten. Wir werden heute Abend die Politiker dazu befragen.

Ich danke der Stiftung Topographie des Terrors für ihre Kooperationsbereitschaft, dieses Symposium heute hier zusammen mit uns zu veranstalten.

Walter Momper, in dessen Amtszeit als Regierender Bürgermeister von Berlin die Anfänge der Institutionalisierung der Topographie des Terrors fallen, erklärte sich spontan bereit, hierfür die Schirmherrschaft zu übernehmen. Er ist als Präsident des Abgeordnetenhauses derzeit nicht nur Nachbar sondern quasi der eigentliche „Hausherr“ über das Gelände, das in der Bannmeile des Abgeordnetenhauses liegt.

Unser Dank gilt der Bundeszentrale für Politische Bildung, die für diese Veranstaltung die großzügige Finanzierung übernahm. Vielleicht liegt es daran, daß ihr heutiger Chef, Thomas Krüger, Anfang der 1990er Jahre mit im Berliner Senat saß, als es um die Gründung der Stiftung Topographie des Terrors ging.

Danken möchte ich meinerseits Matthias Hass, der gerade seine Doktorarbeit über die Institutionalisierung des Gedenkens veröffentlicht hat, in der er sich auch mit der Topographie des Terrors befaßt. Seine Idee war es, eine solche ganztägige Veranstaltung zu planen, die versuchen will, die wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Täterforschung mit den praktischen Erfahrungen der Bürgerinitiativen, der Tätigkeit der Stiftung und den Frage der politischen Durchsetzbarkeit des Gedenkens an diesem Ort zu verknüpfen. Und dabei wünsche ich uns allen anregende Stunden.

Christine Fischer-Defoy  
Vorsitzende des Vereins Aktives Museum

**Eingangsstatement der Staatsministerin für Kultur und Medien, Dr. Christina Weiss,  
für die Podiumsdiskussion**

***Die Verantwortung der Politik: Die ,Topographie des Terrors und das hauptstädtische  
Berlin***

**21. Mai 2003, Martin-Gropius-Bau Berlin**

Meine Damen und Herren,

ich möchte Sie gleich zu Beginn dafür um Verständnis bitten, dass ich Ihre so wichtige Veranstaltung nur kurz besuchen kann. Aber die Haushaltsverhandlungen dulden keinen Aufschub. Zurück zum heutigen Thema. Lassen Sie uns nicht voreilig sein. Gerade die Baugeschichte der Ausstellungshalle für die Topographie des Terrors hat zu viele Kapriolen geschlagen, als dass man jetzt bedenkenlos in Jubel verfallen könnte. Dennoch bin ich meinem Kollegen, dem Berliner Kultursenator Thomas Flierl und dem Geschäftsführer der Topographie, Andreas Nachama, dankbar, dass sie zusammen mit dem Architekten Peter Zumthor nach einem erneuten Ausweg aus der Krise gesucht haben, die inzwischen nicht mehr nur den Bau, sondern auch die Arbeit der Stiftung bedroht. Im Vorfeld dieses Zürcher Sonntags habe ich von allen Seiten gehört, dass man mit dem Architekten nicht reden könne. Glauben konnte ich das nie. Peter Zumthor wäre der erste Architekt, der nicht daran interessiert ist, dass sein Entwurf verwirklicht wird. Wie sich zeigt, war meine Einschätzung richtig. Inzwischen geht es um alles oder nichts, um den Zumthor-Bau oder ein dauerhaftes Provisorium, um ein neues Kapitel oder das Ende eines ganzen Projekts, um den Aufschwung oder bitter verlorene Jahre. Alle, der Architekt ausdrücklich eingeschlossen, haben den Ernst der Lage erkannt. Das Leben mit einer Investruine als Wahrzeichen einer auftrumpfenden Berliner Politik, dies wäre für alle Seiten eine Chiffre der Blamage. Wenn Zumthor nun bereit ist, sein edel-puristisches Stabwerk doch auf 38,8 Millionen Euro einzudämmen, sollte die Berliner Bauverwaltung dies mit größtem Wohlwollen prüfen. Der Bund hofft sehr, dass der Senat endlich die nötigen Voraussetzungen für einen zügigen Weiterbau schafft und die Zeit von Schuldzuweisungen, verletzten Eitelkeiten, übler Nachrede und Impogniergehabe endlich der Vergangenheit angehört. Ich betone hier auch noch mal, dass wir bereit sind, bis zu fünfzig Prozent der gedeckelten Gesamtkosten für das Projekt zu übernehmen. Der Bund steht zu seiner Verantwortung. Das tun wir nicht nur, weil mit der Topographie des Terrors eine außergewöhnliche Architektur verbunden ist. Wir tun dies auch, weil diese Gedenkstätte eine Perspektive braucht. Der Verein Aktives Museum, der in diesem Jahr sein zwanzigjähriges Jubiläum feiert, darf auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände nicht umsonst gegraben haben. Hier hat die Bürgergesellschaft, die wir immer wieder vehement einfordern, ein leuchtendes Beispiel. Hier sorgten wache Bürger dafür, dass über diesen Ort der nationalsozialistischen Schreibtischtäter kein Gras wächst, dass diese attraktive Immobilie eben nicht gedankenlos bebaut wird. Dafür sei dem Verein Aktives Museum an dieser Stelle ausdrücklich gedankt. Er hat überhaupt viel dafür getan, dass der Umgang mit der NS-Zeit in Berlin ein öffentliches Thema bleibt. Die Topographie des Terrors entspricht in exemplarischer Weise dem Verständnis von Gedenkstättenarbeit als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe: hervorgegangen aus bürgerschaftlichem Engagement, institutionalisiert als Landeseinrichtung, mitgefördert vom Bund. Von den Besucherzahlen brauche ich hier nicht zu reden. Sie sprechen für sich.

Meine Damen und Herren,

erneut schöpft das Projekt Hoffnung, erneut tragen die Kommentare keine Frage- sondern Ausrufezeichen hinter der Formulierung: „Zumthor baut!“. Ich möchte mich mit dem Gedanken, dass die drei Treppentürme wieder abgerissen werden, weil die Säulenhalle endgültig perdu ist, nicht abfinden. Der größte Schaden entstünde dabei nicht dem Architekten, der größte Schaden entstünde der Ausstellung, der Arbeit der Stiftung Topographie des Terrors, die mit einer intelligenten Dokumentation des nationalsozialistischen Unterdrückungsapparates und einer berührenden Inszenierung an der authentischen Adresse überzeugt haben. Wir sollten dafür sorgen, dass diese „offene Wunde“ in Berlin einen festen Platz im Gedächtnis aller Deutschen erhält.

Vielen Dank!

### "Wir setzen auf das Prinzip Hoffnung"

Bericht zur Tagung *Vom „Gestapogelände“ zur „Topographie des Terrors“* am 21. Mai 2003 im Martin-Gropius-Bau Berlin

"Wer sich der eignen verschütteten Vergangenheit zu nähern trachtet, muß sich verhalten wie ein Mann, der gräbt. Vor allem darf er sich nicht scheuen, immer wieder auf einen und denselben Sachverhalt zurückzukommen - ihn auszustreuen wie man Erde ausstret, ihn umzuwühlen, wie man Erdreich umwühlt. Denn ‚Sachverhalte‘ sind nicht mehr als Schichten, die erst der sorgsamsten Durchforschung das ausliefern, um dessentwillen sich die Grabung lohnt. (...) Und gewiß ist's nützlich, bei Grabungen nach Plänen vorzugehen. Doch ebenso ist unerlässlich der behutsame, tastende Spatenstich in's dunkle Erdreich. Und der betrügt sich selber um das Beste, der nur das Inventar der Funde macht und nicht im heutigen Boden Ort und Stelle bezeichnen kann, an denen er das Alte aufbewahrt. So müssen wahrhafte Erinnerungen viel weniger berichtend verfahren als genau den Ort bezeichnen, an dem der Forscher ihrer habhaft wurde. Im strengsten Sinne episch und rhapsodisch muß daher wirkliche Erinnerung ein Bild zugleich von dem der sich erinnert geben, wie ein guter archäologischer Bericht nicht nur die Schichten angeben muß, aus denen seine Fundobjekte stammen, sondern jene andern vor allem, welche vorher zu durchstoßen waren." [1]

Dieses "Denkbild" Walter Benjamins liest sich wie eine Programmatik der westdeutschen Geschichtswerkstätten, die sich seit Anfang der 1980er Jahre vielerorts gründeten. Engagierte Bürgerinnen und Bürger wollten die "verschüttete" oder "verdrängte" Vergangenheit des Nationalsozialismus in ihrem lokalen Umfeld wiederentdecken; dabei ging es ihnen sowohl um die NS-Geschichte selbst als auch um die gesellschaftliche Gegenwart der Bundesrepublik. Das archäologische Erinnerungsparadigma wurde wörtlich genommen - man begann in Archiven und im Stadtraum zu graben. Eine geschichtswissenschaftliche Würdigung dieser Bewegung (einschließlich ihrer Blindstellen und Versäumnisse) steht bislang aus, doch hat sie zweifellos dazu beigetragen, dem Erbe des Nationalsozialismus größere öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Am Umgang mit dem früheren Gelände der Gestapo und des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin-Kreuzberg läßt sich dies exemplarisch nachvollziehen. [2] Das Bürgerengagement mündete in eine vom Bund und vom Land Berlin getragene Stiftung. Der erfolgreichen Institutionalisierung und dem unverändert großen Interesse an der provisorischen Freiluftausstellung - nicht zuletzt bei ausländischen Berlin-Besuchern - steht freilich ein stadtplanerisches Desaster gegenüber: Das dauerhafte Ausstellungsgebäude der "Topographie des Terrors", für welches am 8. Mai 1995 der Grundstein gelegt wurde, ist aus technischen, finanziellen und politischen Gründen bisher nicht über drei Treppentürme hinausgelangt. Seit dem Baustop im Jahr 2000 und der Insolvenz der Rohbaufirma im Jahr 2002 erschien die Zukunft des Projekts völlig ungewiß, und es mutete beinahe zynisch an, daß Reinhard Rürup, der Wissenschaftliche Direktor der "Topographie", im Frühjahr 2003 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde.

Doch nun ist das Vorhaben wieder in Bewegung gekommen. Der "Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin" veranstaltete gemeinsam mit der Stiftung ein Symposium zu den Perspektiven der "Topographie". [3] Äußerer Anlaß war das 20jährige Bestehen des "Aktiven Museums", und so hatte die Zusammenkunft im Martin-Gropius-Bau - unmittelbar neben dem ehemaligen Gestapogelände - auch den Charakter eines Veteranentreffens der Erinnerungskultur. Etliche Diskutanten waren schon an den Auseinandersetzungen der 1980er Jahre beteiligt gewesen; für sie ist der Kampf um die "Topographie" ein wichtiger Teil der persönlichen Lebensgeschichte. Zudem profitierte die Tagung davon, dass der Architekt Peter Zumthor dem Berliner Senat jüngst ein Entgegenkommen signalisiert hat: Er will die Konstruktion seines "Stabwerks" vereinfachen und dadurch die Einhaltung des Kostenrahmens von 39 Millionen Euro ermöglichen. So konnte der Stiftungsgeschäftsführer Andreas Nachama zur Begrüßung vorsichtigen Optimismus verbreiten: "Alles ist denkbar, vielleicht sogar der Fortgang des Bauvorhabens."



Diskussions-Panel 1: „Täterforschung“ – Chancen und Probleme  
von links: Hans Mommsen, Gerhard Paul, Michael Wildt, Hans Ulrich Thamer und Reinhard Rürup

Die Konferenz gliederte sich in drei Panels: Zunächst sondierte man Chancen und Probleme der sogenannten "Täterforschung" (1.), dann ging es um die Wiederentdeckung des historischen Ortes (2.), und schließlich wurden in einer an die breitere Öffentlichkeit gerichteten Podiumsdiskussion die politischen Aussichten des Projekts erörtert (3.).

1. Reinhard Rürup hob hervor, daß eine "Täterforschung" zwar nicht völlig neu sei – schließlich habe etwa die "Zentrale Stelle" in Ludwigsburg schon seit Jahrzehnten eine solche Forschung betrieben –, doch habe die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Taten und Tätern in den 1990er Jahren eine neue Stufe erreicht. Die inner- und außerwissenschaftlich geführte Goldhagen-Debatte habe dafür zusätzliche Impulse gegeben. Einer der Forscher, die sich um ein genaueres Verständnis des Täterhandelns bemühen, ist Gerhard Paul. Er referierte auf der Tagung nicht (wie angekündigt) über die Gestapo, sondern machte "Anmerkungen zur Täterforschung", die einen Aufsatz aus seiner Feder zusammenfaßten.[4] Hier ist nicht der Ort, um dies im einzelnen wiederzugeben; wichtig ist aber, daß Paul in Anknüpfung an Ulrich Herbert, Karin Orth und andere für einen kollektivbiographischen Zugang plädierte und mehrere Tätertypen unterschied (wobei er einräumen mußte, die Täter der Wehrmacht weitgehend unberücksichtigt zu lassen). Michael Wildt stellte einige Befunde seiner großangelegten Studie über das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes vor.[5] Das RSHA als flexible Institution lasse sich mit einem dichotomischen Modell von "Intention" und "Struktur" nicht hinreichend beschreiben. Ergiebiger sei die Frage nach dem Zusammenwirken von biographischen Vorprägungen der Akteure, strukturierenden Wirkungen von Institutionen und sich radikalierenden Gewaltpraktiken im Zweiten Weltkrieg.

Hans Mommsen als Kommentator reagierte auf die Deutungen der jüngeren Kollegen höchst verärgert, und das Publikum konnte gespannt mitverfolgen, wie generations- und gedächtnisgeschichtliche Faktoren auf das wissenschaftliche Erkenntnistreben aller Beteiligten Einfluß nehmen. Mommsen meinte, Wildt habe den strukturalistischen Ansatz nicht "kapiert", und warf Paul

"subjektive Hirngespinnste" vor. Diese Heftigkeit war eine Reaktion auf Pauls These, Strukturalisten wie Mommsen hätten die Täter entpersonalisiert und letztlich das Ausmaß der Schuld reduziert.[6] Mommsen hielt entgegen, er habe die Täter keineswegs als willenlose Automaten charakterisiert, und fühlte sich in seiner bisherigen Sicht der nationalsozialistischen Institutionen eher bestätigt als widerlegt. Nur indirekt wurde in der Kontroverse deutlich, wo der eigentliche Unterschied der Zugänge liegt: Mommsens Hauptziel war die Erklärung der nationalsozialistischen Machtübernahme von 1933 und die politische Analyse der Vorkriegszeit, während die heute aktiven Forscher ihr Augenmerk stärker auf die Gewalteskalation der Kriegsjahre und den Holocaust richten.



Im Streit um die „Täterforschung“: Hans Mommsen

Der zweite Kommentator Hans-Ulrich Thamer äußerte sich viel moderater als Mommsen, fragte aber auch nach der Repräsentativität und Übertragbarkeit der Forschungsergebnisse zu bestimmten Tätergruppen. Dem berechtigten Bedürfnis nach Synthesen stehe ein nach wie vor großer Forschungsbedarf gegenüber. Hier hätte es speziellere Anknüpfungsmöglichkeiten zur "Topographie des Terrors" gegeben, die in der Diskussion leider nicht angesprochen wurden: Wie haben sich die Täterbilder in Auseinandersetzung mit dem konkreten Ort seit den 1980er Jahren gewandelt? Wie müsste sich eine neue Dauerausstellung von der bisherigen provisorischen Version unterscheiden, um den im vergangenen Jahrzehnt erarbeiteten Forschungsstand einem breiteren Publikum zu vermitteln? Wie könnte die Stiftung "Topographie des Terrors" als Institution selbst dazu beitragen, die "Täterforschung" weiter voranzutreiben? Welche Schwerpunkte wären dabei zu setzen? Daß neben der Vervollständigung des Zumthor-Baus auch eine genauere Profilierung der inhaltlichen Stiftungstätigkeit erforderlich ist, kam bei der Konferenz etwas zu kurz.

2. Wie stark sich die Erinnerungskultur der Bundesrepublik in den vergangenen 20 Jahren gewandelt hat, ja daß eine "Erinnerungskultur" im Hinblick auf den Holocaust erst in öffentlichen Konflikten etabliert werden mußte, zeigte sich bei der Rückschau auf den Umgang mit dem Gestapogelände. Stefanie Endlich, die an den Initiativen zur Markierung nicht nur dieses historischen Ortes seit langem beteiligt ist, skizzierte die ab 1979/80 unternommenen Bemühungen des Erforschens und Gedenkens. Sie würdigte Einzelpersonen wie den Architekturhistoriker Dieter Hoffmann-Axthelm, der die Debatte um das Areal wohl als erster in Gang brachte, und den 1983 gegründeten "Verein Aktives Museum", in dem sich verschiedene Bürgergruppen zusammenschlossen. Zum Erfolg habe der enge Kontakt mit etablierten Institutionen wie der Akademie der Künste und den Berliner Festspielen beigetragen. Freilich bemesse sich "Erfolg" nicht allein am äußerlich Erreichten - etwa der Stiftungsgründung -, sondern liege gerade im Dialog und im gesellschaftlichen Lernprozeß selbst. (Diese These war auch als Kritik an Lea Roshs Taktik zur Durchsetzung des "Denkmals für die ermordeten Juden Europas" gemeint.)



Diskussions-Panel 2: *Die Wiederentdeckung des historischen Ortes und die Stiftung öffentlichen Rechts*

von links: Stefanie Endlich, Christine Fischer-Defoy, Reinhard Rürup und Volkhard Knigge

Reinhard Rürup blickte ebenfalls auf die schwierige Genese der Stiftung zurück und wies darauf hin, daß die "Topographie des Terrors" für die Gedenkstättenentwicklung der (alten) Bundesrepublik in vielen Punkten typisch sei. Heute sei die Einrichtung ein Teil der dezentralen Gedenkstättenlandschaft, wegen der Bedeutung der Gestapo und des RSHA für die nationalsozialistische Herrschaft aber zugleich ein Zentrum mit europäischer Dimension. Durch die Eröffnung des Jüdischen Museums Berlin und den Baubeginn des "Denkmals für die ermordeten Juden Europas" erhalte die Beschäftigung mit Taten und Tatern, für die die "Topographie" stehe, noch zusätzliche Relevanz: Die Erinnerung an die Opfer sei wichtig, dürfe aber gerade in Deutschland nicht isoliert bleiben. Für die gewachsenen Aufgaben und professionellen Ansprüche sei eine feste institutionelle und bauliche Form der "Topographie" unverzichtbar. Rürup schilderte in extenso das Tätigkeitsspektrum seiner Stiftung (Ausstellungen, Veranstaltungen, Bibliothek/Archiv/Dokumentation, Gedenkstättenreferat, Mitarbeit an IC Memo etc.). Am Ende seines Beitrags wurde der sonst so vorsichtige Historiker dann ungewohnt deutlich: Daß seit der Wettbewerbsentscheidung für das Ausstellungsgebäude zehn Jahre vergangen seien, müsse als "Skandal" bezeichnet werden. Zu Peter Zumthors Entwurf gebe es aber keine Alternative, da der Bau nicht hinter Daniel Libeskind's und Peter Eisenman's Arbeiten für die beiden anderen Zentren des hauptstädtischen NS-Gedenkens zurückbleiben dürfe (ein etwas merkwürdiges Argument, das Stefanie Endlich in der Diskussion auch problematisierte).

Volkhard Knigge, Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, beleuchtete den veränderten gesellschaftlichen Stellenwert des Gedenkens in einem Kommentar aus allgemeinerer Perspektive. Der Beschluß zum Bau des "Denkmals für die ermordeten Juden Europas" und die Verabschiedung eines Bundeskonzepts zur Gedenkstättenförderung (beides im Jahr 1999) seien wichtige normative Setzungen gewesen. Daß aus "Herzensangelegenheiten" des bürgerschaftlichen Gedenkens schrittweise "Fachangelegenheiten" geworden seien, lasse sich nicht rückgängig machen; bürgerschaftliches Engagement der "semiprofessionellen Phase" dürfe nicht einseitig romantisiert werden. Andererseits sei dieses Engagement in modifizierter Form auch heute not-



Podiumsdiskussion: Die Verantwortung der Politik  
 von links: Thomas Flierl, Ulrich Eckhardt, Norbert Lammert, Hans Stimmann

wendig: Nun komme es auf ein neues Miteinander institutionellen und bürgerschaftlichen Gedankens an, um einer "akademischen und musealen Auskühlung der Großinstitutionen" entgegenzuwirken. Außerdem sei es an der Zeit, daß junge Historikerinnen und Historiker die Akteure der 1980er Jahre befragten und deren generationsspezifische Haltungen zum Nationalsozialismus erforschten. An die Politiker richtete Knigge den Appell, bürgerliches Engagement nicht nur zum Ausgleich öffentlicher Mittelkürzungen einzufordern.

3. Dies leitete zu der abendfüllenden Frage über, ob und wie sich der Bau der "Topographie des Terrors" realisieren läßt. Der eloquente Moderator Ulrich Eckhardt, der sich als früherer Leiter der Berliner Festspiele selbst um die "Topographie" verdient gemacht hat, wollte wissen, ob die jüngsten Ankündigungen als "Befreiungsschlag" oder nur als "neue Umdrehung der Warteschleife" zu verstehen seien. Der gewohnt leidenschaftslose Kultursenator Thomas Flierl teilte mit, daß man gemeinsam mit dem Architekten eine budgetsichernde Umplanung begonnen habe. Senatsbaudirektor Hans Stimmann ergänzte, daß Zumthor die Gebäudekonstruktion von 17.000 auf 6.000 (Verbindungs-) "Knoten" reduzieren und damit verbilligen wolle. Bis zur Sommerpause werde eine neue, dann hoffentlich praktikable Kalkulation erarbeitet.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Lammert hielt nicht damit hinter dem Berg, daß er – angesichts diverser Versprechungen der vergangenen Jahre – überaus skeptisch bleibe. Er würdigte die "Topographie" als "zentralen Bestandteil" der deutschen Erinnerungskultur und verdeutlichte damit, daß auch innerhalb der CDU das NS-Gedenken eine größere Selbstverständlichkeit gewonnen hat. Lammert trat zum wiederholten Male dafür ein, die "Topographie" mit dem Jüdischen Museum und dem "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" auf eine Stufe zu stellen, d.h. auch die "Topographie" in vollständige Bundesfinanzierung zu übernehmen (anstelle der bisherigen Kostenteilung zwischen dem Bund und dem Land Berlin). Dies erscheint in der Tat bedenkenswert.[7]

Abstrus war allerdings Lammerts Idee, die drei genannten Einrichtungen in einer "Holding" zusammenzuführen, um Betriebskosten zu sparen. Da die Institutionen ganz unterschiedliche Ent-

stehungskontexte und Aufgaben besitzen, würde ein solches Vorgehen die praktische Arbeit eher beeinträchtigen als befördern (wie auch Flierl mit Recht einwand).

Gewisse Meinungsverschiedenheiten gab es zudem in der Frage, wie notwendig der Zumthor-Bau für das künftige Profil der "Topographie" sei. Lammert warnte vor einer "schleichenden Umkehrung der Prioritäten" und unterstrich, daß die Inhalte gegenüber der Architektur den Vorrang behalten sollten. Stimmann wandte ein, daß die Architektur ein genuiner Teil der "Sache" sei, um die es hier gehe, und Lammert konzidierte, dass die Architektur nicht beliebig sei. Unklar blieb in der Diskussion allerdings, warum Zumthors Entwurf inhaltlich überragend und alternativlos sein soll – zieht man die übliche Künstlermythologie einmal ab, läßt sich dies nach wie vor kontrovers beurteilen.[8] Um das Projekt nicht noch zusätzlich zu gefährden, ist es indes ratsam, bei der getroffenen Wettbewerbsentscheidung zu bleiben und aus ihr das Beste zu machen. Wie Eckhardt eindringlich betonte, darf die "Topographie des Terrors" nicht das "Denkmal der Vergeblichkeit" bleiben, als das sie sich gegenwärtig darbietet. Er formulierte zum Abschluß einen Satz, der geradezu das Motto der Tagung war: "Wir setzen auf das Prinzip Hoffnung."

Versucht man die Konferenz mit einer gewissen analytischen Distanz zu betrachten, so fällt gegenüber älteren Debatten eine strukturelle Verschiebung auf: "Nennenswerte Gegner des Erinnerns an diesem Ort gibt es nicht mehr." [9] Paradoxerweise scheinen frühere Gedenkstätteninitiativen jedoch davon profitiert zu haben, daß die Abwehrfronten stärker und damit auch die Skandalisierungspotentiale größer waren. Seit das NS-Gedenken in der Bundesrepublik weitgehend etabliert ist, müssen die Erinnerungswilligen weniger mit der Ignoranz von Staat und Gesellschaft als mit tatsächlichen oder vorgeschobenen Sachzwängen der Haushaltslage kämpfen. Dieser Kampf ist anstrengend, aber notwendig.

**Jan-Holger Kirsch** (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam)

Tagungsbericht für H-Soz-u-Kult (H-Net) 1.6.2003, Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Anmerkungen:

[1] Walter Benjamin, Ausgraben und Erinnern, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. IV.1, hg. von Tillmann Rexroth, Frankfurt a.M. 1972, S. 400 f.

[2] Als ausführliche und kritische Analyse vgl. v.a. Matthias Haß, Gestaltetes Gedenken. Yad Vashem, das U.S. Holocaust Memorial Museum und die Stiftung Topographie des Terrors, Frankfurt a.M./New York 2002, S. 149-239. Vgl. meine Rezension: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=2031>.

[3] Programm: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=1872>. Der ehemalige Kultursenator Ulrich Roloff-Momin konnte aufgrund eines Unfalls nicht teilnehmen, Stadtentwicklungssenator Peter Strieder ließ sich durch Senatsbaudirektor Hans Stimmann vertreten, und Kulturstaatsministerin Christina Weiss sagte aus "zwingenden Gründen" kurzfristig ab.

[4] Vgl. Gerhard Paul, Von Psychopathen, Technokraten des Terrors und "ganz gewöhnlichen" Deutschen. Die Täter der Shoah im Spiegel der Forschung, in: ders. (Hg.), Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, Göttingen 2002 (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte Bd. 2), S. 13-90.

[5] Vgl. Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002; Rezension von Susanne Benöhr: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/NS-2003-1-062>.

[6] Vgl. besonders Paul (Anm. 4), S. 20-33.

[7] Zu überlegen wäre dann freilich, wie man die Zurücksetzung der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz (<http://www.ghwk.de>) und des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst (<http://www.museum-karlshorst.de>) korrigieren kann, die durch ihre periphere Lage schon jetzt benachteiligt sind.

[8] Vgl. etwa die lesenswerte Polemik von Rudolf Stegers, Unort Denkort Bauort Kunstort. Peter Zumthors Neubau für die Stiftung "Topographie des Terrors", Berlin, in: Centrum. Jahrbuch Architektur und Stadt 1999-2000, S. 141-145.

[9] Jens Bisky, Inkompetent inkonsequent. Erfolgreich scheitern: Die Topographie des Terrors, in: Süddeutsche Zeitung, 23.5.2003, S. 14.



## PRESSE-AUSZÜGE

Süddeutsche Zeitung 23.05.2003

### Inkompetent inkonsequent

Erfolgreich scheitern: Die Topographie des Terrors  
von Jens Bisky

Zwischen Prinz-Albrecht-Straße, Wilhelmstraße und Anhalterstraße saßen die Geheime Staatspolizei, der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS und seit dem Jahr 1939 das Reichssicherheitshauptamt. Himmler, Heydrich und Kaltenbrunner haben hier gewirkt. Die im Krieg schwer beschädigten Gebäude wurden abgerissen, der Ort, seit 1961 im Schatten der Mauer gelegen, vergessen. Ein Rubinienwäldchen wuchs, ein Autodrom ermöglichte dem West-Berliner Bürger das Fahren ohne Führerschein – bis zu Beginn der achtziger Jahre Künstler, Stadtplaner, Architekten, Laienhistoriker und Professoren für Geschichte sich des Ortes annahmen. Bürgerinitiativen, vor allem dem 1983 gegründeten Verein „Aktives Museum“, gelang es in kurzer Zeit, den Beschweigungswillen zu durchbrechen, weitere Nachlässigkeit auf diesem Gelände unmöglich zu machen. 1987 wurde es provisorisch hergerichtet, eine Ausstellung über die „Topographie des Terrors“ informiert die Besucher aus aller Welt. Jährlich kommen etwa 250 000. Die in den neunziger Jahren gegründete Stiftung berät Gedenkstätten in Ost und West, unterhält eine eigene Bibliothek und lud in dieser Woche zu einer Tagung ein. Zwanzig Jahre schon gibt es den Verein Aktives Museum, eine der wohl erfolgreichsten Bürgerinitiativen der Bundesrepublik.

(...)

Nennenswerte Gegner des Erinnerns an diesem Ort gibt es nicht mehr. Alle unterstützen die Stiftung oder loben sie pflichtschuldig. Und doch ist die Geschichte der „Topographie des Terrors“ inzwischen eine Leidensgeschichte geworden, deren Verlauf beschrieben werden kann, deren Ursachen und Mechanismen aber noch immer keiner so recht zu erklären weiß. Im März 1993, vor gut zehn Jahren also, hat der Schweizer Architekt Peter Zumthor den Wettbewerb für ein Dokumentationszentrum an diesem Ort gewonnen. (...) Mit viel Sinn für Symbolik wurde am 8. Mai 1995 der Baubeginn zelebriert, inzwischen ist Zumthors Dokumentationszentrum die prominenteste Projektruine der Stadt.

Das hat desaströse Folgen. Wer heute von der „Topographie des Terrors“ spricht, muss über Haushaltsdisziplin und Finanzierungsfragen, über konstruktive Details und die wechselseitige Verbitterung aller am Unternehmen Beteiligten sprechen. Vom historischen Ort, der zum Sprechen gebracht werden soll, ist nur noch beiläufig und floskelhaft die Rede. Die Strukturen des Gedenkstättenwesens dominieren die Diskussion.

So ging es auch auf der Tagung im Martin-Gropius-Bau kaum darum, was an dieser Stelle gezeigt werden soll, welches Bild von den Tätern und vom NS-Staat man präsentieren will, sondern um das Hickhack zwischen Bund und Berlin, zwischen Architekt, Bauverwaltung und Stiftung. Peter Zumthor war in der Stadt, er war auch im Martin-Gropius-Bau, aber zur Diskussion über die Zukunft seines Entwurfs ist er dann nicht erschienen.

Woran erinnert das durchwühlte, wieder zuwachsende Gelände mit einem Fundament und drei Erschließungstürmen heute zuerst? Es sei, erklärte so klar wie hoffnungslos der Vizepräsident des Bundestages, Norbert Lammert (CDU), „ein Dokument der administrativen Inkompetenz in der Bauverwaltung des Berliner Senats und der Inkonsequenz im Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung“.

Die architektonischen Qualitäten des Entwurfs, die aufwendige, einzigartige Konstruktion, sind zugleich die weichen Stellen des Projekts. Die für den Rohbau verantwortliche Baufirma ist an den technologischen Schwierigkeiten der Konstruktion zugrunde gegangen.

Die ursprünglich veranschlagte Summe von 35 Millionen Mark war von vornherein zu gering bemessen. Man erhöhte die Summe. Als neu ausgeschrieben werden musste, fand sich aber keine Firma, die den Bau in dieser Form für die nun verbindlichen 39 Millionen Euro, zur Hälfte vom Land Berlin, zur Hälfte vom Bund aufzubringen, bauen würde. Eine nochmalige Kostensteigerung ist ausgeschlossen. Also wird seit drei Jahren überhaupt nicht mehr gebaut, wird viel gestritten und gebockt, und fast sah es so aus, als würde das gesamte Bauvorhaben gestrichen.

Man kann fragen, ob es vernünftig war, ein so ehrgeiziges Unternehmen in Angriff zu nehmen, ob nicht der historische Ort ohne verstörende, zum Aufmerken zwingende Architektur zum Sprechen hätte gebracht werden können. Nun aber den beschlossenen Bau abzubrechen, wäre ein verhängnisvolles Signal, auch politisch. Der Bund bezahlt inzwischen das vom Land Berlin errichtete Jüdische Museum, er bezahlt das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas. Dass er für die „Topographie“ nur die Hälfte der Kosten übernimmt, ist in der Tat eine inkonsequente Hierarchisierung. Wenn es eine nationale Verantwortung im Berliner Gedenkstättenwesen gibt, dann doch wohl die der Erinnerung an die Täter.

Der Kultursenator Thomas Flierl und der Senatsbaudirektor Hans Stimmann informierten darüber, dass – zur Überraschung aller – der sonst kompromisslose Zumthor nun zu konstruktiven Vereinfachungen bereit sei. Es geht dabei – zum Zwecke der Kostendisziplin – um Vereinfachungen des Stabwerks im Inneren des Gebäudes und bei den Deckenkonstruktionen sowie um die Reduzierung der Stabzahl und der Knotenverbindungen (von etwa 17000 auf 6000). Dem architektonischen Kunstwerk entstünde dadurch, so wurde versichert, kein Schaden. Bis zur Sommerpause soll die Umplanung abgeschlossen, soll statisch geprüft und noch einmal ausgeschrieben werden. Danach bräuchte es noch drei, vier Jahre bis zur Fertigstellung.

Wird man dann im Kostenrahmen bleiben? Wird die Aussicht auf eine einmalige Gedenkstättentrias aus Jüdischem Museum, Holocaust-Mahnmal und „Topographie des Terrors“ ausreichen, die selbstverständlich bei jedem Großvorhaben auftretenden Schwierigkeiten zu überwinden? Und welches Bild der NS-Geschichte wird man dann präsentieren?

Die neunziger Jahre waren das Jahrzehnt des Erinnerns in Deutschland. Nun, wo alle dafür sind, droht die Erstarrung im Betriebshaften.

### **Der Tagesspiegel 23.5.2003**

#### **Die Botschaft hör ich wohl...**

Wende oder Windei? Die jahrelang skandalös verschleppte Topographie des Terrors in Berlin soll mit einem neuen Bauvorschlag gerettet werden  
von Christina Tilmann

1998 erschien in der Zeitung „Neues Deutschland“ ein Artikel, in dem der Berliner PDS-Abgeordnete Thomas Flierl den damaligen CDU-Kulturstaatssekretär Lutz von Pufendorf empört fragte, warum es schon wieder eine Verzögerung bei der Topographie des Terrors gegeben habe. Es sei ein Skandal, dass der Termin der Fertigstellung über das Jahr 2000 hinaus verschleppt würde.

Fünf Jahre später sitzt man immer noch zusammen – und ist keinen Schritt weiter. Thomas Flierl ist inzwischen Kultursenator, Lutz von Pufendorf aus der Politik geschieden. (...) Tausende von Touristen, die jährlich das Gelände mit dem kleinen, provisorischen Open-Air-Museum besu-

chen, fotografieren diesen Zustand. Mit der Fertigstellung wird nicht vor 2007 gerechnet – wenn überhaupt.

Was hier inmitten der Hauptstadt geschieht oder vielmehr nicht geschieht, ist ein politischer Skandal, der nicht dadurch geringer wird, dass er so lange anhält. In einer Zeit, in der leidenschaftlich über Daniel Goldhagen, Norman Finkelstein oder auch Jörg Friedrich gestritten wird, in der das öffentliche Interesse immer stärker den Tätern gilt, wird der Ort, an dem die nationalsozialistischen Verbrechen geplant wurden, behandelt wie jede x-beliebige Bauruine. Schlimmer noch: Er wird zur Disposition gestellt.

Vor einigen Wochen trafen sich Kultursenator, Bausenator und Trägerverein der Topographie, um darüber zu beraten, ob man sich nicht von Architekt Peter Zumthor und seinem Entwurf trennen könne. Der Grund: Die mit der Errichtung des Rohbaus beauftragte Baufirma war nach zehnjähriger Planungsphase 2002 über dem von 36 Millionen Mark auf über 38 Millionen Euro angewachsenen Bauvolumen pleite gegangen. Eine Neuausschreibung hatte ergeben, dass keine Firma bereit war, zu diesem Preis den Bau zu übernehmen. Das billigste Angebot lag rund 3,2 Millionen Euro über dem Betrag, auf den das Bauvorhaben durch Bund und Berliner Parlament gedeckelt wurde.

Dieses dem Parlament zu eröffnen, noch einmal öffentlich das eigene Versagen einzugestehen und beim Bund um eine erneute Erhöhung der Bausumme zu betteln, hat Bausenator Peter Strieder strikt abgelehnt.

„Wenn das Projekt nicht zu dieser Summe zu bauen ist, wird es nicht gebaut“, hat er – so erzählt es sein Senatsbaudirektor Hans Stimmann – verkündet. Das sei „gegen seine Ehre.“ Warum es nicht gegen Strieders Ehre war, noch vor einem Jahr fast im Handstreich zusätzlich 6,4 Millionen Euro für das ebenfalls fehlgeplante Tempodrom vom Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses lockerzumachen, warum auch die Bauverzögerungen und -verteuerungen bei dem Neubau der Akademie der Künste am Pariser Platz nicht gegen seine Ehre gehen, ganz abgesehen von Projekten wie dem ebenfalls wesentlich verteuerten Abgeordnetenhaus, wird nur der Senator wissen. Es passt aber in die Linie einer Politik, die ausgerechnet bei der Topographie des Terrors schärfer als bei jedem anderen öffentlichen Bau auf die Einhaltung vereinbarter Kosten pocht und damit droht, das Projekt scheitern zu lassen.

Offenbar soll an der Topographie ein Exempel statuiert werden gegenüber der Berliner Politik und Bauplanung – und gegenüber dem Architekten. In einer Stadt, in der es lange – und inzwischen offen eingestanden – Usus war, Baukosten zu niedrig anzusetzen, sie dann durchs Parlament zu bringen und im Rahmen eines Nachtragshaushalts die fehlenden Summen zu bewilligen, soll ausgerechnet die Topographie des Terrors, dieses in seiner internationalen Bedeutung nur mit dem Holocaust-Mahnmal vergleichbare Vorhaben, das erste sein, das an dieser Praxis scheitert.

Oder ist es doch so, dass Berlin sich nur deshalb so stur stellt, weil immer noch die Hoffnung besteht, dass der Bund das Unternehmen ganz unter seine Fittiche nimmt? Inhaltlich gäbe es dafür gute Gründe. Der CDU-Kulturpolitiker Norbert Lammert ist nicht der einzige, der die inkonsequente Haltung des Bundes in Sachen Berliner Gedenkstättenpolitik scharf moniert. Eine Regierung, die mit dem Holocaust-Mahnmal am Brandenburger Tor die zentrale Stätte, an der der Ermordung von Millionen jüdischer Mitbürger gedacht werden soll, komplett finanziert, die mit dem Jüdischen Museum Berlin auch das Haus, in dem das jüdische Leben in Deutschland dokumentiert wird, in ihre Hand nimmt, stellt sich ausgerechnet bei der Stätte, an der es um die Dokumentation nationalsozialistischer Verbrechen geht, taub. Wie wäre es, wenn man die Topographie des Terrors, wie Ex-Festspielchef Ulrich Eckhardt vorschlägt, nicht als Gedenkstätte, sondern als Ort politischer Bildung begreift und sie aus der 50:50-Finanzierung durch Bund und Land entlässt? Wie, wenn man ernst macht mit der Trias Mahnmal/Jüdisches Museum/Topographie des Terrors, und sie, wie Lammert vorgeschlägt, unter eine zentrale Verwaltung stellt, die Archiv, Besucherdienst und Programm koordiniert?

Zumindest müsste endlich anerkannt werden, dass es zwischen den drei Orten keine Wertigkeit, keine Hierarchie geben darf. Und selbst wenn es so wäre, ist die Topographie, der Ort, an dem erinnert wird, wer die Täter waren, bestimmt nicht die unwichtigste der drei Institutionen. Doch wie instinktlos das Projekt behandelt wird, war am Mittwochabend wieder zu beobachten. Anlässlich seines 20-jährigen Bestehens hatte der „Verein Aktives Museum“ in den Berliner Gropi-

us-Bau geladen, um über die (örtlich angrenzende) Topographie zu debattieren. Allein: Staatsministerin Christina Weiss, als Vertreterin des Bundes geladen, ließ sich knapp zehn Minuten vor Beginn der Veranstaltung wegen Haushaltsverhandlungen entschuldigen. Der als Berliner Senator federführende Peter Strieder fehlte gleich unentschuldig und schickte Senatsbaudirektor Hans Stimmann in den Ring, und der Schweizer Architekt Peter Zumthor, mit dem nach eigenem Bekunden zwei der Politiker auf dem Podium am selben Tag in Berlin konferiert hatten, war gar nicht erst eingeladen.

Über eine Politik, die ein Anliegen, das laut Lammert zur „fundamentalen Grundausstattung der Bundesrepublik“ gehört, so skandalös zehn Jahre lang verschleppt, werden noch die Historiker urteilen. Derweil verkündet Hans Stimmann im Auftrag des Senats tapfer ein kleines Wunder: Vor die Aussicht gestellt, sein hochgelobtes Projekt überhaupt nicht mehr verwirklicht zu sehen, habe Architekt Peter Zumthor endlich nachgegeben und sich bereit erklärt, sein Projekt noch einmal zu überarbeiten, um den durch Verzögerungen und Kostensteigerungen gesprengten Rahmen von gut 38 Millionen Euro zu halten. Die teuren „Knoten“, die die filigranen Betonsäulen des „schwebenden“ Baus miteinander verbinden, sollen von 17000 auf 6000 reduziert werden, ohne dass die ästhetische Wirkung verloren gehe. Bis zur Sommerpause sollen Zumthors veränderte Pläne vorliegen, Anfang 2004 soll der Bau wieder aufgenommen werden.

Warum das so nicht schon viel früher möglich war, ob man sich auf die Zusicherungen des Architekten wirklich verlassen könne, ob es wirklich noch zu einer Wiederaufnahme der Arbeiten kommen werde, all diese Fragen sind unbeantwortet. Nicht nur Lammert zeigt offenen Unglauben gegenüber immer neuen Durchbruchsankündigungen: Er habe so viele frohe Botschaften über die Möglichkeit der Realisierung gehört, dass es ihm schwerfalle, diese neue für die erste wahre zu halten. Doch die Einschätzung, dass die Dauerdiskussion über die Realisierung des Zumthor-Baus dem Anliegen der Topographie schon jetzt mehr geschadet habe, als die Vervollständigung des Baus ihr jemals werden nützen können, wird durch den fertigen Bau hoffentlich widerlegt werden.

### **Berliner Zeitung 23.5.2003**

#### **Klassentreffen der Spurensucher**

Ein Berliner Symposium zur Leidensgeschichte um den Bau der Topographie des Terrors  
von Volker Müller

Wie auf einem Klassentreffen fühle er sich, sagte Andreas Nachama, Direktor der Topographie des Terrors, als er am Mittwoch im Gropiusbau die Gäste eines Symposiums begrüßte. Ein Klassentreffen nach zwanzig Jahren: Im Kinosaal glitt sein Blick über oft schon ergraute Häupter von Mitstreitern, die im Sommer 1983 den Bürgerverein Aktives Museum gegründet hatten. Es war derzeit ihr Anliegen, einen verschütteten, „umschwiegene(n) Ort“ wieder freizulegen: das ehemalige Prinz-Albrecht-Gelände, wo sich die Führungszentralen des nationalsozialistischen Terrors befunden hatten. Mit Hacke und Spaten waren die Vereinsmitglieder 1985 demonstrativ der Brache zu Leibe gerückt, um nach den steinernen Resten dieses Tatorts zu graben.

(...) Zurückzuschauen auf den Weg dieser verdienstvollen Dokumentationsstätte, die durch die klägliche Verschleppung ihres seit Jahren gestoppten Neubaus zuletzt nur noch Negativschlagzeilen erhielt, kam man jetzt im Gropiusbau zusammen.

Nach den Nachrichten der letzten Tage hätte man erwarten können, dass es doch ein einigermaßen frohes Klassentreffen würde. Wie auch in dieser Zeitung zu lesen, verlautete aus dem Berliner Senat: Der Schweizer Stararchitekt Peter Zumthor wolle sich nunmehr in das letzte Wort der Politiker schicken, dass die Kosten für seinen anspruchsvollen Stabwerksbau mit fast 39 Millionen Euro (mehr als das Doppelte der ursprünglichen Kalkulation) unweigerlich ihre oberste Grenze erreicht haben. Er werde sein Projekt entsprechend überarbeiten. Bis zur Sommerpause würde alles neu durchdacht sein, die am Rohbau gescheiterte Firma eine tätige

Nachfolgerin haben. Ende 2006 wäre dann zwischen Eisenmans Holocaust-Mahnmal und Libeskind's Jüdischem Museum mit Zumthors Baukunstwerk der architektonische Schlussstein in einer einzigartigen Erinnerungs- und Denkmeile gesetzt. (...)

Wenn das alles stimmte, dürften sich die engagierten Bürger und fachkompetenten Profis bei einem solchen Treffen doch wieder etwas entspannter ihren Forschungs- und Bildungsaufgaben zuwenden. Doch es war ihnen nicht so. Sie hatten die Botschaft gehört, aber es fehlte der Glaube. Das heruntergedimmte Saallicht passte zur Melancholie, die über diesem Podiumsmarathon vom frühen Nachmittag bis in den späten Abend lag. Nach einer prominenten Historiker-Runde zum akademischen Stand der "Täterforschung" gab man sich wehmütigem Erinnern an bürgerbewegte Pionierzeiten hin. Die unzweifelhaften Verdienste der Bürgervereine (Stefanie Endlich) und der Stiftungsarbeiter (Reinhard Rürup) wurden referiert und aufgelistet. In einem Kommentar warnte Volkhard Knigge, der Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, vor anachronistischen, romantisierenden Beschwörungen jenes bürgerschaftlichen Engagements. Es gehöre zum Wesen dieser Initiativen, dass sie sich mit ihrem Erfolg überflüssig machen oder auch "selbst institutionalisieren". Knigge gab zu bedenken, ob die Initiativen der 70er- und 80er-Jahre nicht auch "epochen- und generationsbedingt" waren und also vergänglich sind.

Das "Klassentreffen" blieb dazu angetan, allen hochfahrenden Optimismus zu dämpfen, dass sich nebenan auf der Baustelle schon recht bald wieder mehr bewegen könnte als die hoppelnden Kaninchen. "Alles ist denkbar, auch die Fortsetzung des Baus", bemerkte Nachama mit vorsichtig gedämpftem Optimismus. Auch in diesem Falle werde es noch drei, vier Jahre bis zum Einzug dauern. "Nur: wann dürfen wir diese Jahre zu zählen beginnen?"

Vor einer Antwort darauf hüteten sich auch die Politiker des Landes und des Bundes, die zu später Stunde als letztes Podiumsaufgebot einrückten. Zweieinhalb Jahrzehnte Erinnerungsarbeit am Prinz-Albrecht-Gelände überschauend, gestand Ex-Festspiele-Direktor Ulrich Eckhardt seine "Gemütsbelastung". Wie verlässlich denn nun die Verheißung sei, dass zum Sommer alles für den Weiterbau geregelt ist, wollte er vom Stadtbaudirektor Hans Stimmann wissen. Der bekannte sich mit großer Leidenschaft zum Zumthor-Entwurf. Aber: "Ich schwöre auf gar nichts." Erst müsse "jetzt umgeplant, gearbeitet, gezeichnet, gerechnet werden". Zumthor reduziere die Zahl der kostspieligen "Knoten", die das Stabwerk zusammenhalten, von 17 000 auf 6 000, vereinfache die Deckenkonstruktion, "ohne Abstriche an der ästhetischen Raffinesse" des Bauwerks. Ob das gelingt? Da sei er "im Grundsatz optimistisch". Aber: "Wir müssen misstrauisch bleiben."

Der Bundestags-Vizepräsident Norbert Lammert fühlt sich noch immer "so unwohl wie vorher auch". Er stehe "fassungslos vor der Leidensgeschichte dieses Projekts", das in der deutschen Gedenkstättenlandschaft doch eine zentrale Bedeutung habe. Lammert beklagte, dass die Skandalgeschichte um diesen Bau - "Ausdruck der administrativen Inkompetenz des Berliner Baumanagements" - vom notwendigen Interesse für die inhaltliche Arbeit der Stiftung Topographie ablenke. Und spitzte zu: "Diese Architekturdebatte hat der Sache mehr geschadet, als ihr jetzt die Realisierung des Baus noch dienlich sein kann." Der CDU-Politiker wiederholte seine Forderung, der Bund möge, wie schon für das Jüdische Museum und das Holocaust-Mahnmal, konsequenterweise auch für diesen nationalen Denkort die volle Verantwortung übernehmen.

Der Berliner Kultursenator Thomas Flierl, den man kurz zuvor noch im Restaurant des Gropiusbaus mit Peter Zumthor verhandeln sah, wandte sich gegen allzu blauäugiges Raisonement. Das Projekt habe auch an der "inneren Zerrissenheit" der Stiftung gelitten. "Es mangelte an Übereinkunft zwischen dem Architekten, den Nutzern und den Auftraggebern." Auch Flierl setzt auf das an diesem Abend arg strapazierte "Prinzip Hoffnung". Mit Norbert Lammert stimmt er überein in dem Urteil: Dieses Projekt verträgt keine Krisen, keine Verzögerung mehr. "Wenn bis zur Sommerpause nicht alles geklärt ist, dann steht es generell infrage."

Und wo blieb Peter Zumthor? Der strebte vor Podiumsbeginn durchs Foyer dem Ausgang zu. Herr Zumthor, werden Sie sich im Kostenrahmen halten? "Ich denke ja", und mit Blick auf die in den Vortragssaal eilenden Politiker: "wenn jetzt alle mitspielen." Ob er nicht zur Diskussionsrunde wolle? "Nein, das muss ich mir nicht antun!"

## 20-Jahrfeier Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin



oben: Erinnerungen an die Entstehung des Aktiven Museums: Christine Fischer-Defoy (links) und Gerhard Schoenberner (rechts) am 22. Mai 2003 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.



unten: Die Gäste des Jubiläums bei der Präsentation der neuen Haymatloz-CD-Rom im Vortragssaal der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Fotos Dorothee Ifland / Aktives Museum

## 20-Jahrfeier Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin



Jubiläumsfeier des zwanzigjährigen Bestehens des Aktiven Museums am 22. Mai 2003 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Bild links: im Gespräch Andreas Nachama und Matthias Hass



Fotos Dorothee Ifland  
/ Aktives Museum

„... alles andere als langweilig!“

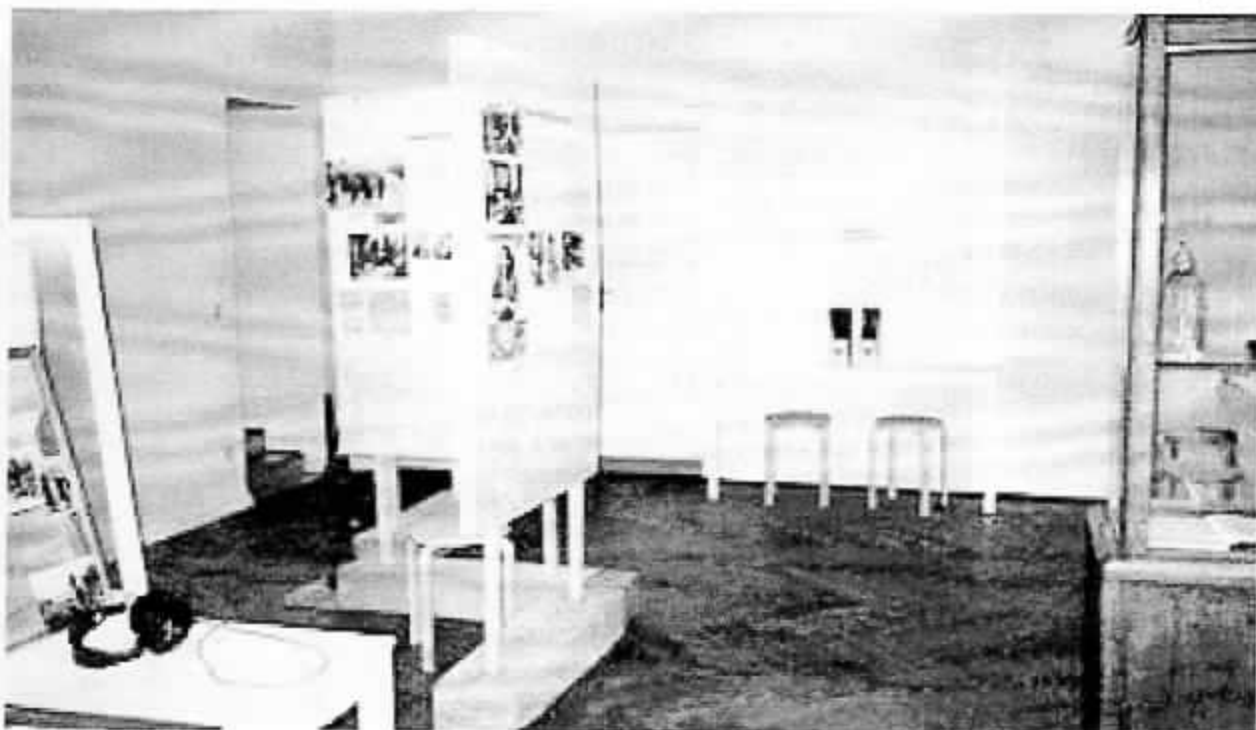
### Ein Schülerprojekt zur NS-Geschichte – auch von Erwachsenen gerne besucht

Von Anfang Mai bis Anfang Juli konnte vor einem Jahr im Jugendmuseum die Ausstellung „Entschädigt? Zwangsarbeit in Tempelhof und Schöneberg 1938-1945“ besucht werden. Sie war Teil eines Ausstellungsprojektes des Arbeitskreises Berliner Regionalmuseen. Über einen Zeitraum von etwa anderthalb Jahren hatten interessierte Besucher die Möglichkeit, sich in elf Bezirken zum Thema Zwangsarbeit zu informieren. Das breit angelegte Spektrum ermöglichte es, sich dem Thema aus verschiedenen Perspektiven zu nähern. Die Ausstellung in Schöneberg war als einzige für Jugendliche konzipiert worden. Wie sich während der zwei Monate herausstellte, empfanden diese etwas andere Präsentation auch viele erwachsene Besucher als sehr interessant und anregend. Das Begleitprogramm umfasste neben Führungen „vor Ort“, Gesprächen mit Zeitzeugen und engagierten Einzelnen auch Projekttag für Schulklassen.

### Vorbereitungen

Bei der Vorbereitung der Ausstellung stellten sich uns viele Fragen: Wie kann Erinnerungsarbeit heute aussehen? Welche Bedeutung haben authentisches Material und authentische Orte? Welche Rolle spielen Zeitzeugen? Wie können wir ein so schwieriges Material wie Dokumente der NS-Bürokratie und andere Funde aus den Archiven den Jugendlichen, die zum Teil nur ungern lesen, nahe bringen? Wie sensibilisieren wir die Menschen für dieses umstrittene und lange verdrängte Thema?

Parallel dazu gestaltete sich unsere Recherche mitunter sehr mühsam und zeitintensiv: In dicken Aktenstapeln fand sich des öfteren nur eine kleine Information zu einer Person, einem Lager oder einem Betrieb. Viele Fragen blieben offen. Der Spielraum für Auswertungen war und ist sehr groß. Die Pfade, die wir gingen, um unklare Informationen zu bestätigen, neue zu finden oder Widersprüche zu klären, waren oft sehr verschlungen. Doch die Vielfalt der Dokumente und Spuren hatte einen eigenen Reiz. Wir kamen uns vor wie Detektive und das machte Spaß.





Glücklicherweise konnten wir auch Kontakt knüpfen zu ehemaligen Zwangsarbeiter/innen, die bereit waren, unsere Fragen zu beantworten und uns für die Ausstellung ihre persönlichen Dokumente zur Verfügung zu stellen. Diese Kontakte waren durch die Sophie-Scholl-Oberschule in Schöneberg und die Berliner Geschichtswerkstatt e.V. vermittelt worden. Außerdem waren einige Berlinerinnen bereit, uns über ihre Erinnerungen an diese Zeit Interviews zu geben, die auch in die Ausstellung einfließen konnten.

## Ausstellung

Die Vielfalt des Materials und die Schwierigkeit, an detaillierte Informationen zu kommen, gaben die Idee für die Präsentation: Die Besucher sollten die Möglichkeit haben, selbst zu forschen, eigene Fragestellungen zu entwickeln und Antworten zu finden. So konnte jede/r Interessierte sich alleine oder in einer Kleingruppe an einen der Arbeitstische setzen und anfangen zu stöbern. Ganz konkret gewann man anhand des unterschiedlichen Materials Einblick in die Forschungssituation und die Archivarbeit im allgemeinen.

Wir ordneten das vorgefundene Material in vier verschiedene Themenbereiche. Im Zentrum standen zwei *Familiengeschichten*: Die Familien Derewjanko und Besgina waren in den 40er Jahren aus der Ukraine nach Berlin zur Zwangsarbeit verschleppt worden. Je nach Alter der einzelnen, machten sie verschiedene Erfahrungen und bewerten dadurch diese Zeit heute unterschiedlich. Deshalb stellten wir zu jeder Person eine eigene biographische Mappe zusammen.

Wer waren die Menschen, die in Berlin Zwangsarbeit leisten mussten? Woher kamen sie? Unter welchen Bedingungen mussten sie leben und arbeiten? Antworten auf diese Fragen konnte man im Ausstellungsteil *Menschen* finden. Aus Archivboxen, Schubern und Dokumentenkästen konnte jeder Besucher sich das Material herausnehmen, das ihn näher interessierte. Wir hatten die vielen Informationen auf großen Karteikarten zu den Themen Anwerbung, Arbeitsbedingungen, Ernährung, Freizeit, Jugendliche, Sexualität u.a.m. zusammengestellt. Persönliche Dokumente



der Zeitzeugen (Fotos, Briefe, Tagebucheinträge) kontrastierten wir mit Aktenmaterial der NS-Bürokratie, Propagandafotos und Anwerbeplakaten. Dabei haben wir Gegensätze bewusst stehen gelassen. Jeder konnte selbst die Lügen und Widersprüchlichkeiten des NS-Regimes herausfinden, aber auch die Vielfalt der Lebensbedingungen sowie die vielen nach wie vor ungeklärten Sachverhalte.

Wer waren die Nutznießer des Zwangsarbeitereinsatzes? Wer organisierte das alles? Näheres dazu stellten wir im Ausstellungsteil *Orte* zusammen. Das Material gliederte sich in einzelne Industriebetriebe, Behörden, private Landwirtschaft und private Haushalte. Gerade letztere sorgten durchaus für Erstaunen. Der zweite Schwerpunkt waren die Lager: Wo befanden sie sich? Wie viele gab es in den Bezirken? Welche Arten von Lagern gab es? Zwei Bezirksstadtpläne und Luftbildaufnahmen aus den 40er Jahren verdeutlichten weitere Details. Hier konnte man entdecken, wie viele Informationen sich in Akten der Standesämter und Friedhofsverwaltungen oder in Gerichtsakten verbargen.

*Entschädigt?* hieß der vierte Teil der Ausstellung. Er befasste sich mit den Fragen: Was wurde aus den Zwangsarbeiter/innen nach 1945? Wie leben die Jugendlichen von damals heute mit ihrer Erinnerung? Wie stehen die Berliner/innen dazu? Was hat es mit der Stiftungsinitiative auf sich? Kann Geld entschädigen? Wie läuft das Antragsverfahren ab? Geht es nicht auch um menschliche Würde und Anteilnahme? Wir stellten persönliche Aussagen der Zwangsarbeiter/innen ausgewählten Zeitungsausschnitten zur Entschädigungsdebatte gegenüber. Ergänzt wurde das durch Material von privaten Initiativen oder engagierten Einzelnen, auch aus anderen Ländern. Weiter hatten wir nähere Informationen über die Arbeit der Koordinierungsstelle für Auskunftersuchen beigefügt. Im Internet waren wir auf einen Chatroom zu diesem Thema gestoßen. Diese Diskussion hatten wir gedruckt; die Besucher/innen konnten hier direkt ihre eigene Meinung hinterlassen.

Wer des Lesens müde war, konnte sich bei allen vier Teilen der Ausstellung auch Tonaufnahmen von Auszügen aus Interviews oder Briefen der Zeitzeugen anhören.

Die farbliche Unterscheidung der vier Ausstellungsteile erleichterte die individuelle Orientierung für die Besucher. Die sinnlich-haptische Gestaltung der einzelnen Materialien (schönes Papier, große Schrift, viele Fotos etc.) erhöhte die Lust am In-die-Hand-Nehmen und Entdecken. 14 Stelltafeln, die vorab von einem Historiker für diese Ausstellung gefertigt worden waren, ergänzten in allen Regionalmuseen die jeweiligen bezirksspezifischen Informationen. Sie ermöglichten immer wieder den Vergleich mit der Situation in Gesamtberlin.

### **Projektarbeit mit Klassen**

Im allgemeinen lasen alle Besucher/innen intensiv und aufmerksam in unserem Archivmaterial. Manche kamen mehrmals, brachten zum Teil eigenes Material mit, um es mit unserem abzugleichen. Man merkte die Lust am Stöbern, Weiterlesen und Querverbindungen suchen.

Für Schüler/innen ab der 9. Klassenstufe hatten wir einen Projekttag konzipiert. Entsprechend dem Konzept von Petra Zwaka, der Leiterin des Jugendmuseums, sollten die Jugendlichen durch neue Erfahrungen mit dem Gegenstand „Geschichte“ im Ort „Museum“ dazu angeregt werden, ihre Umwelt und deren historische Dimension bewusster wahrzunehmen und aktiv mitzugestalten. Die Methode des forschenden Lernens ist produktorientiert; die Begegnung mit Geschichte soll interessant und lustvoll gestaltet sein. Die jungen Menschen erhalten ein Forum für eigene Meinungen, Forschungen, Vergleiche und Fragen auch zu heiklen und belasteten Themen.

Konkret waren die Klassen vier Stunden (inkl. Pause) im Museum. Nach der Begrüßung gab es eine kurze Einführung: Zwei Dias – Passfoto und Arbeitskarte einer jugendlichen Zwangsarbeiterin – wurden untermalt durch das Vorlesen eines von uns entworfenen fiktiven Briefes des Mädchens an ihre Familie. Diese Situation (halbdunkler Raum, unmittelbarer Anfang mit dem Thema ohne vorherige Erklärung von unserer Seite) hatte den Effekt, dass die Klassen ruhig wurden und sich direkt auf das Thema einließen.

Danach stellten wir Mitarbeiterinnen uns vor und erläuterten in wenigen Sätzen das Thema, die Forschungssituation und den Ausstellungsaufbau. Mitunter kam dann die uns willkommene Frage: „Und was machen wir hier?“ Daraufhin teilten sich die Klassen je nach persönlichen und thematischen Vorlieben in bis zu sechs Kleingruppen ein und hatten zwei Stunden Zeit, sich mit folgenden Themen auseinander zu setzen: Verschleppung/Transporte aus den Heimatländern, Einsatzorte in den Bezirken, Leben im Lager, Luftbilddaufnahmen der Lager, Gerichtsakten, Von der Rückkehr bis heute. Pro Thema hatten wir als Leitfaden eine so genannte *Arbeitskarte* vorbereitet, die mit zwei bis drei einleitenden Sätzen das Thema umfasste. Dann folgten mehrere Fragen, die beantwortet werden konnten, aber nicht mussten, sondern eher als Leitfragen durch das Thema führten. Weiter machten wir Vorschläge, in welcher Form die Jugendlichen ihre Ergebnisse anschließend vortragen könnten und gaben konkrete Hinweise, wo sie die entsprechenden Dokumente in der Ausstellung finden konnten.

Wir standen in dieser Phase für Nachfragen zur Verfügung, was teilweise gar nicht so genutzt wurde, wie wir uns das zu Beginn vorgestellt hatten. Die Jugendlichen hatten Lust, alleine auf Entdeckungsreise zu gehen. Sie arbeiteten auch aktiv mit dem Handapparat (Sekundärliteratur, historische Pläne); manche lasen sogar intensiv die Stelltafeln. Bei unserer Recherche hatten wir erstaunlich oft Informationen zu jugendlichen Zwangsarbeiter/innen gefunden. Das war natürlich gut für unsere Projektarbeit mit Klassen. Denn die Schüler/innen konnten sich in diese Personen viel leichter hineinversetzen.

Die Chance zur Kommunikation untereinander wurde gerne genutzt – zum Thema Zwangsarbeit und natürlich auch zu anderen. Es gibt immer Ausnahmen – nicht alle Menschen interessieren sich für das gleiche, aber es gab kaum Störaktionen. Die Schüler/innen regelten das meist untereinander.



Die letzte Stunde, die manchmal auch von Seiten der Klassen überzogen wurde, bot Raum für die Vorstellung der Forschungsergebnisse. In Form von einfachen Zusammenfassungen, fiktiven Tagebucheinträgen oder Briefen, erklärenden Zeichnungen zu den Luftbildaufnahmen oder kurzen Theaterszenen, die zum Beispiel eine der Gerichtsakten nachspielten, wurden die einzelnen Aspekte des Themas Zwangsarbeit vorgetragen und anschließend diskutiert. Je älter die Jugendlichen waren und je mehr sie zum Thema Nationalsozialismus schon erfahren hatten, desto intensiver wurde diese Schlussrunde. Dabei konnten wir oft noch Nachfragen klären oder – und das freute uns besonders – Vergleiche mit ihrer Situation heute bzw. die Ansichten der Jugendlichen besprechen. Bei einzelnen hatten wir durch diesen Projekttag dazu anregen können, sich auch weiterhin mit diesem Thema zu beschäftigen. Da es sich in dieser Ausstellung und bei diesem Thema um durchaus recht schwer zugängliches Material handelte, erschienen uns die Ergebnisse der Schlussrunden noch wertvoller. Das gaben wir den Klassen gerne als Lob mit – uns haben diese Projekttag viel Spaß gemacht.

Gefreut hat uns auch der sorgfältige Umgang der Jugendlichen mit den Materialien. Wir hatten die Schüler/innen zu Beginn gebeten, wie in einem Archiv üblich, an den Arbeitstischen nicht zu essen oder zu trinken. Dies führte auch nie zu Problemen, sondern wurde respektiert. Die Jugendlichen schätzten die schöne und klare Aufbereitung des Materials und die Möglichkeit, mit konkreten „historischen“ Dokumenten zu arbeiten.

Die Lehrer/innen hatten wir gebeten, sich im Hintergrund zu halten. Das wurde auch ohne Schwierigkeiten angenommen. Sie gingen entweder nach der Einführung zu anderen Terminen und kamen erst zur Schlussrunde wieder oder nutzten die Gelegenheit, sich selbst die Ausstellung anzusehen, ohne in die Forschungsarbeit der Klasse einzugreifen. Denn eine der Erfahrungen der pädagogischen Arbeit im Jugendmuseum ist, dass sich durch diesen völlig anderen Unterricht für die einzelnen neue Möglichkeiten ergeben sich einzubringen. Dazu bedarf es aber des Freiraums von Klassenraum und Lehrer.

Zwei Zitate von Schülern aus dem Besucherbuch sollen hier stellvertretend die Freude über die Ausstellung bzw. die Projektarbeit ausdrücken: „Schön, mal Geschichte so zu erleben, nämlich alles andere als langweilig!“ oder „Ich möchte mich riesig bedanken für diesen tollen, informativen und interessanten Vormittag“. Im Herbst 2002 konnten wir die Projekttag mit Erfolg wiederholen.

#### **Marion Neumann**

(damals wissenschaftliche Mitarbeiterin der o.g. Ausstellung;  
zur Zeit freie Mitarbeiterin beim Verein Aktives Museum)

Wir haben eine neue Web-Site

# Verein Aktives Museum

**GESCHICHTE**

**GEGENWART**

**VORSTAND**

**BÜCHER**

**KONTAKT**

## Wer wir sind

Der Verein Aktives Museum ist 1983 aus einer Berliner Bürgerinitiative zur Vorbereitung von Veranstaltungen zum 50. Jahrestag des 30. Januar 1933 entstanden. Im Verein Aktives Museum haben sich Institutionen und Initiativen sowie viele Einzelmitglieder zusammengeschlossen, um die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus im Alltag wach zu halten.



## Veranstaltungen

**Ausstellung:**

**Haymatloz  
Exil in der  
Türkei  
1933-1945:**

**5. Juni- 20. Juli 2003**  
Gedenkstätte KZ  
Osthofen  
Ziegelhüttenweg 38  
67574 Osthofen  
Tel: 06242-910811  
Fax: 06242-910820

\*\*\*

**20 Jahre**



**Ziele des Aktiven  
Museums**

Bereits  
kurz  
nach der Entstehung des  
Vereins wurde deutlich, dass



Einige haben es bestimmt schon gemerkt: Im Internet findet man seit April unter: [www.aktives-museum.de](http://www.aktives-museum.de) unsere neu gestaltete Web-Site.

Neu ist die Startseite, die kurz die Ziele des Vereins vorstellt. Geblieben ist die Rubrik „Veranstaltungen“, die über die nächsten Termine informiert. Die ausführlichen Informationen zu *Haymatloz* sind nun auf der Seite „Gegenwart“ nachzulesen. Dort sind auch Termine für Buchvorstellungen und Lesungen zu finden. Außerdem wird hier unser neues Ausstellungsprojekt *Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder* vorgestellt.

Dank des neuen Bearbeitungsprogramms wird nun bei jedem Foto eine kurze Erläuterung sichtbar, wenn man mit dem Mauszeiger darüber fährt. Durch Anklicken kann man bei einigen Fotos längere Textpassagen aufrufen. All diese Informationen können auch von Blinden gelesen werden.

In Kürze werden als kleines Schmankerl noch Texte und Hörsequenzen aus der gerade neu produzierten CD-Rom *Haymatloz* dazukommen. Viel Vergnügen beim Surfen.

Marion Neumann

## Eine CD-Rom zur Ausstellung HAYMATLOZ – Exil in der Türkei 1933-1945

Die Reise der Wanderausstellung "HAYMATLOZ - Exil in der Türkei", die 1998 in Rudolf Bellings früherem Atelier in der Technischen Universität Istanbul begann und über Izmir, Bursa, Berlin, Frankfurt/Oder, Heidelberg, Osnabrück, Rheine, Mörfelden-Walldorf, Braunschweig, Rendsburg, Köln, Münster, Hannover, Gütersloh, Regensburg und Osthofen führte, geht zu Ende. Hanau, die Geburtsstadt Paul Hindemiths, der das türkische Musikwesen reformierte, wird voraussichtlich 2003 die letzte Station sein. Dies war für uns der Anlass, darüber nachzudenken, ob und wie wir die Inhalte dieser Ausstellung in neuer Form weiterhin präsentieren können.

Ins Internet stellen? Das schien angesichts der großen Datenmenge unrealistisch. Also eine CD-ROM, klein und handlich, inzwischen von jedem Schulkind zu bedienen, ein Medium, das die Benutzer anregen soll, wie im Internet zwischen Themenkomplexen zu "surfen", sich selbst einen Weg durch die Lebenswege ins Exil zu bahnen. Zugleich ein Medium, das uns erlaubt, weitere Materialien einzuarbeiten und neben den Augen auch den Ohren etwas zu bieten. Zum Beispiel wunderbare Erzählungen unserer Zeitzeugengespräche, die im Rahmen der Berliner Ausstellungspräsentation geführt wurden. Oder Teile der "Hörstation", die es in der Ausstellung gab, in der unter anderem Margarethe Schütte-Lihotzky und Käthe Prätorius zu Wort kommen.

Entstanden ist dabei ein Netzwerk von Informationen über das Exil in der Türkei. Es enthält alle wesentlichen Fakten der Ausstellungstafeln zum historischen Hintergrund, den Lebensbedingungen im türkischen Exil, den Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland und der Weiterwanderung nach dem Krieg. Es erzählt zugleich die Lebensgeschichten der 23 ausgewählten Biografien, ergänzt um zusätzliches Material. Darüber hinaus gibt es eine nach unserem bisherigen Wissen vollständige Liste der namentlich erfaßten Türkei-Emigranten und ein Kapitel über die Geschichte der Ausstellung.

**Systemvoraussetzungen:** Die CD-ROM ist auf Windows- und auf Macintosh-Ebene abspielbar. Als Basis wird ein 15-Zoll-Bildschirm mit 256 Farben vorausgesetzt. Sie ist so angelegt, dass keine zusätzlichen Programme installiert werden müssen.

Die CD-ROM ist beim AKTIVEN MUSEUM erhältlich und kostet 9 Euro.

## VEREIN AKTIVES MUSEUM

Stauffenbergstr. 13-14 – 10785 Berlin – Tel. 030/2639890-39, Fax -60

e-mail: [info@aktives-museum.de](mailto:info@aktives-museum.de)

[www.aktives-museum.de](http://www.aktives-museum.de)

### ERKLÄRUNG DES VEREINS AKTIVES MUSEUM ZUR ÜBERNAHME DER SAMMLUNG FLICK

Wie in den Medien berichtet wurde, haben Land und Bund sich mit Friedrich-Christian Flick am 8. Januar 2003 darüber geeinigt, die Kunstsammlung des Flick-Enkels als Dauerleihgabe für Berlin zu übernehmen und ab 2004 in einer eigens geschaffenen Ausstellungshalle neben dem Hamburger Bahnhof zu präsentieren. Die Kunst, so hieß es bei der Pressekonferenz am 8.1.03, dürfe nicht „in Sippenhaft genommen“ werden für Verbrechen, die vom Flick-Konzern in der Zeit des Nationalsozialismus begangen wurden.

Der Besitz des Kunstsammlers Friedrich-Christian Flick besteht zu einem erheblichen Teil aus dem Erbe seines Großvaters, des „Wehrwirtschaftsführers“ Friedrich Flick. Der Enkel sieht keine Veranlassung, eine Entschädigungszahlung an ehemalige ZwangsarbeiterInnen zu leisten und sich der Familiengeschichte zu stellen.

Nachdem sich die Stadt Zürich im vergangenen Jahr wegen der damit verbundenen politischen Belastung geweigert hatte, die Sammlung Flick zu übernehmen, ist in Berlin nun ein Überraschungs-Coup gelungen. Die Übernahme trägt unweigerlich dazu bei, den Namen „Flick“ im öffentlichen Bewußtsein reinzuwaschen, und durch den Vergleich mit der Übernahme der Sammlung Berggruen werden Täter und Opfer auf eine Stufe gestellt.

Sicher können die Kunstwerke nichts dafür, daß sie von Friedrich-Christian Flick gesammelt wurden. Und sicher kann man niemanden für die Taten seines Großvaters verantwortlich machen. Aus der Verantwortung gegenüber der Geschichte und ihrer Lehren für Gegenwart und Zukunft kann sich jedoch niemand davonstehlen.

Der Verein Aktives Museum, der seit vielen Jahren Spuren der Geschichte des Nationalsozialismus im Stadtraum markiert und zum Sprechen bringt, fordert daher, daß in der Ausstellung der Sammlung Flick die Geschichte des Flick-Konzerns dokumentiert und an prominenter Stelle im Gebäude präsentiert wird. Die noch immer ausstehende Öffnung der Firmenarchive des Flickkonzerns ist dazu unabdingbare Voraussetzung. Wie viele andere Großunternehmen muß auch der Flick-Konzern seine braune Vergangenheit der wissenschaftlichen Forschung und der publizistischen Recherche zugänglich machen. Friedrich-Christian Flick hat immer wieder betont, daß er sich auf eine solche Auseinandersetzung in Berlin freut. Wir auch!

Dr. Christine Fischer-Defoy  
Vorsitzende



Baustelle Gestapo-Gelände im Frühjahr 2003

Fotos Christine Fischer-Defoy

